

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich **RM. 1.60**. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4069 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden

Nr. 116.

Di nstag den 21. Mai 1901.

8. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

## Das sozialpolitische Ergebnis der letzten Reichstagsession.

Die Reichstagsverhandlungen begannen im vorigen Herbst mit der Abrechnung wegen der 12 000 Mark-Affaire; und jetzt, da der Reichstag in die Sommerferien geht, sieht er einen der eifrigsten Scharfmacher als Minister in das preussische Handelsministerium ziehen. Die Scharfmacher sind Trumpf: das war der Willkommen, der den Reichstag bei seinem Zusammentritt vor sechs Monaten begrüßte, und das ist der Abschied, mit dem die Abgeordneten jetzt heimgeschickt werden. Und was in der Zwischenzeit geschehen ist, konnte selbstverständlich auch nicht von einem anderen Geiste bezeugt sein.

In der That ist aus den langen Verhandlungen auf sozialpolitischem Gebiete so gut wie gar nichts herausgesprungen. Dies ist um so schlimmer, als die gegenwärtige Zeit mit der, bereits schwer auf der Arbeiterklasse lastenden wirtschaftlichen Krise und den noch viel bedenklicheren Aussichten für die nächste Zukunft doch gewiß eine ernste Mahnung sein mußte, alles zu thun, um die Lage der Arbeiter möglichst zu erleichtern. Auch hat es wahrlich nicht an Anregungen dazu gefehlt. Unsere Genossen im Reichstage haben mit unermüdlicher Ausdauer der herrschenden Klasse immer wieder und wieder die furchtbaren Mißstände im wirtschaftlichen Leben vorgehalten, sie auf die schon längst dringenden Aufgaben erinnert und verlangt, daß die Regierung endlich mit ihren „Erhebungen“ und „Erwägungen“ zum Abschluß gelange. Was wird nicht alles — und zwar seit Jahren — von den Geheimräthen „erhoben“ und „erwogen“: die Regelung der Kleinindustrie, namentlich der Heimarbeit, die Beschränkung der Kinderarbeit, der Schutz der Arbeiterinnen, die Einführung des sanitären Arbeitstages in weiteren Berufen, die Förderung des Bauarbeiter-schutzes, die Verbesserung der Gewerbeaufsicht, die Reform der Krankenversicherung u. s. w. In allen diesen wichtigen Fragen sind wir auch jetzt noch keinen Schritt weiter, als es im vorigen Herbst der Fall war. Doch halt, bald hätten wir dem sozialpolitischen Diktandum der Reichsregierung schwer unrecht gethan. Bezüglich des Arbeiterinnehmerschutzes hat die Regierung eine ganz besonders hübsche Leistung fertig gebracht. Das ist kein Scherz: wir denken an das so sauber eingebundene Buch, in dem die Antworten der Gewerbeaufsichts-Beamten auf die Fragen über die Frauenarbeit zusammengestellt worden sind. Ist das nicht in der That eine ganz hübsche Leistung für die — Bibliothek? Kein Wunder, daß damit die Thatsache der Regierung in dieser Frage erschöpft war. In den anderen Fragen ist noch weniger geschehen.

Die paar sozialpolitischen Regierungsvorlagen, mit denen sich der Reichstag zu beschäftigen hatte, sind Reste aus früheren Sessionen. So die Seemannsordnung, die leider wieder nicht verabschiedet worden ist und zwar, wie ausdrücklich betont werden muß, durch die Schuld der Regierung. Denn nachdem in der Kommission während der ersten Beratung des Entwurfs eine Verständigung in vielen Punkten bereits erzielt worden war, fehlten die Regierungsvertreter bei der zweiten Beratung noch einmal alle Kräfte für die Wünsche der Seebarene ein. Dadurch sind nicht nur mehrere Paragraphen wieder für die Arbeiter verschlechtert worden, sondern es wurde auch die Beratung so sehr aufgehalten, daß die Kommission mit ihren Arbeiten erst in den letzten Tagen der Session fertig werden konnte. Ebenso ist das Unfallfürsorgegesetz für die Reichsbeamten und die Personen des Soldatenstandes nichts als ein Nachtrag zu der, im vorigen Jahre erfolgten Reform der Unfallversicherung. Die ganz ungenügenden Verbesserungen, die damals für die der Unfallversicherung unterstellten Arbeiter zu erlangen waren, sollten durch die Abänderung des Unfallfürsorgegesetzes nun auf die Personen ausgedehnt werden, deren Unfallentschädigungen in diesem Gesetze festgelegt sind. Als hierbei dank einer Anregung unserer Genossen eine kleine weitere Verbesserung des bisherigen Gesetzes beschlossen und dadurch eine schwere Schädigung der, während ihrer militärischen Dienstzeit beim Arbeitsdienst verunglückten Arbeiter, wenn auch in ganz geringem Maße, eingeschränkt wurde, da konnte dies nur gegen den lebhaftesten Widerspruch der Reichsregierung erreicht werden.

Das einzige Erfreuliche aus den letzten Monaten ist die Thatsache, daß die bürgerlichen Parteien durch den Druck der Arbeiterbewegung genötigt sind, sich mit den sozialpolitischen Forderungen der Arbeiter etwas mehr als bisher zu beschäftigen und ihnen in irgend einer Weise Rechnung zu tragen. Dies beweisen die sozialpolitischen Anträge, mit denen die verschiedenen Parteien an den Reichstag herantreten sind. Einige von diesen Anträgen wurden verhandelt. Die Wohnungsfrage z. B. wurde eingehend besprochen. Auch die Regierung beteiligte sich hieran, indem sie zwar

anerkannte, daß im Wohnungswesen arge Mißstände herrschen, zugleich aber großmüthig erklärte, sie überlasse deren Beseitigung im wesentlichen den Einzelregierungen. Das ist die sozialpolitische Mission des „geinigten“ Vaterlandes! Uebrigens will die Reichsregierung für ihre eigenen Arbeiter aus Reichsmitteln Wohnungen herrichten lassen. Damit ist in diesem Jahre ein sehr bescheidener Anfang gemacht worden.

Zu einem etwas günstigeren Abschluß haben dagegen die Verhandlungen über die Veränderung des Gewerbegerichts-gesetzes geführt. Wenn auch wieder von den bürgerlichen Parteien unter Führung des Zentrums eine ganze Reihe nothwendiger und von unseren Genossen beantragter Verbesserungen niedergestimmt worden ist, so sind doch in dem Entwurf, der noch in dem letzten Augenblick fertig gestellt wurde, einige Verbesserungen im Vergleich zu dem bisherigen Gesetze enthalten. Es fragt sich jedoch, ob die Regierungen den Parlamentsbeschlüssen zustimmen werden. Zeit dazu wäre es allerdings. Denn schon seit vielen Jahren wird von den Arbeitern auf Grund ihrer praktischen Erfahrungen mit dem Gewerbegericht eine Verbesserung dieser wichtigen Einrichtung gefordert.

Ganz lahmgelegt konnte also trotz des ungünstigen Windes von oben die sozialpolitische Gesetzgebung nicht werden. Wenn auch die Reichsregierung mit allen Kräften bremst, das Drängen der Arbeiter, ihre zielbewusste Agitation und Organisation erweist sich schließlich doch als stärker. Je eifriger daher die große Masse der Arbeiter für die Fortführung einer arbeiterfreundlichen Sozialpolitik eintritt, desto eher müssen dem die bürgerlichen Parteien und über kurz oder lang auch die Regierungen nachgeben.

## Politische Rundschau.

Deutschland.

**Die wahren Obstruktionisten.** Das Stenogramm über die letzte Reichstags-sitzung giebt nun den agrarischen Parteien Gelegenheit, unter ihren Anhängern die in Aussicht gestellte fürchterliche Mißregierung wegen der Verletzung ihrer Pflichten gegen die Berufsinteressen zu halten. Es ergeht sich nämlich die Thatsache, daß bei der zweiten namentlichen Abstimmung 11 Konservative, 2 Reichsparteiler, 27 Zentrumsabgeordnete, 5 Polen und 4 Antijemiten fehlten. Von den Nationalliberalen hielten sich 23 der Abstimmung fern, 11 stimmten gegen den Ueberumpelungsantrag der Brauntwein-Kommission. Daß der Fischzug der agrarischen Schnapsbrenner mißglückt ist, liegt also einzig und allein an dem Schwänzen der Sitzung durch Angehörige der Brauntweinpartei. — Ein eigenartiges Licht wird auf das Vorgehen der Brauntwein-Kommission noch durch die Mittheilung des „Vorwärts“ geworfen, daß das Uebereinkommen im Seniorenkongress über die einfache Verlängerung der jetzt geltenden Brennsteuer auf ein Jahr unter Zuziehung des Vorsitzenden der Kommission, des Zentrums-Abgeordneten Herold, sowie unter ausdrücklicher Zustimmung der Konservativen, Freikonservativen und der Zentrumsvertreter im Seniorenkongress getroffen war. Daß die Zentrumspartei entgegen diesem Programm den Grafen Ballestrem im Stich gelassen hat, ist eins der auffallendsten Momente aus den letzten Tagen des Reichstags.

**Zur Frage der Biersteuer** läßt sich die offiziöse „Münchener Allgemeine Zeitung“ aus Berlin schreiben:

Nach unseren Erkundigungen herrscht darüber, ob dem Reichstage bereits im Winter ein neuer Gesetzentwurf über die Biersteuer zugehen wird, noch keineswegs Sicherheit. Vor allem Dingen muß abgewartet werden, wie der nächste Reichshaushalt-Bericht ausfällt. Bei den schlechten Ernteaus-sichten ist anzunehmen, daß eine starke Getreideeinfuhr stattfinden wird, dessen werden die Einnahmen aus den Zöllen sich erheblich mindern. Jedemfalls bleibt die Reichsfinanzfrage im Vordergrund und dies umso mehr, je enger sie in mehreren Einzelstaaten mit der Eisenbahnfrage verknüpft ist.

Herr v. Thielmann setzt seine Hoffnung also auf die schlechte Ernte! Die Verheertheit unserer wirtschaftspolitischen Verhältnisse kann nicht schlagender dargethan werden, als durch diese Ausströmung offiziöser Weisheit. Das Unglück der deutschen Volkswirtschaft wird das Glück des deutschen Reiches! Beruhigend wird man deshalb die Auslassungen des Münchener Blattes gerade nicht finden können.

**Samuel-Möller hilft!** Wie bekannt, hat der Reichstag kurz vor seiner Vertagung die aus Initiativ-Anträgen der Sozialdemokraten und des Zentrums hervorgegangene Novelle zum Gewerbegerichts-gesetze, welche die Gewerbegerichte für alle Orte mit mehr als 20 000 Einwohnern obligatorisch macht und als Einigungsämter aus-gestaltet, in der Hauptsache nach den Kommissionsbeschlüssen angenommen. Den Scharfmachern auf der Rechten und bei den Nationalliberalen diese Beschlüsse, die bei Weitem noch nicht allen berechtigten Forderungen der Arbeiterklasse entsprachen, viel zu weit. Der Freund und politische Lehramtsvollstrecker Stummis, der Abgeordnete v. Kardorff, hatte gedroht, das Zustandekommen des Gesetzentwurfes durch Auszählung der Beschlußfähigkeit zu

vereiteln. Dazu kam es indeß nicht, da das Haus besonders bei der entscheidenden Abstimmung gut besetzt war. Die Gegner der beschlossenen Reformen sehen nun ihre Hoffnung auf den neuen preussischen Handelsminister Möller, der als Mitglied des Zentralverbandes deutscher Industrieller sich gegenüber Bestrebungen, wie sie in dem Gesetze zum Ausdruck kommen, stets ablehnend verhalten hat. Bei der Beratung im Reichstage war er nicht anwesend. In der Kommission haben die Vertreter der Regierung bereitwillig mitgearbeitet, so daß man Hoffnung auf Zustimmung der Regierung daraus schöpfte, wenngleich es das erste Mal wäre, daß ein aus der Initiative des Reichstages hervorgegangener größerer Gesetzentwurf vom Bundesrathe angenommen würde. Eine Korrespondenz für Zentrumsblätter bemerkt dazu: „Herr Möller wird nunmehr sein sozialpolitisches Probefstück als Minister abzulegen haben. Wohl hat er allein nicht zu entscheiden, aber man wird aus dem weiteren Verlaufe der Angelegenheit einen Schluß auf seinen und des Zentralverbandes Einfluß auf die Sozialreform ziehen können.“

**Zur inneren Lage.** Die Antijemiten, die sich bemühen, bei den Agrariern Verständnis für ihre Ansicht zu wecken, daß mit dem Auscheiden Miquel's im Reich und in Preußen eine „börjenliberale Aera“ angebrochen sei, können jetzt endlich einen kleinen Erfolg verzeichnen. Die agrarische „Deutsche Tagesztg.“ entschließt sich nämlich zu dem Bekenntnis, daß die agrarische Position sich „einigermaßen verschlechtert“ hat. Den Reichskanzler will das agrarische Blatt vorläufig für diese Verschlechterung nicht verantwortlich machen. Es schreibt sie vielmehr Widerständen in Regierungskreisen zu, die der Reichskanzler nicht habe überwinden können und die ihn verhindert, so agrarisch zu sein, wie der Bund der Landwirthe von ihm erwarte. — Man braucht diese Begründung nicht gerade wörtlich zu nehmen, bemerkt dazu der „H. Corr.“, denn auch die Agrarier verstehen die Kunst, ihre Gedanken durch ihre Sprache zu verhüllen. Jedenfalls aber ist die Auffassung des augenblicklichen Standes der agrarischen Bestrebungen interessant.

„Gesundbeten“ ist, wie man der „Volksztg.“ berichtet, die neueste Beschäftigung der ein Theil der Pots-damer „Gesellschaft“ obliegt, die sich des Zutritts zum Hofe rühmt. Der Aberglaube besteht darin, daß durch eifriges Beten, ohne Hilfe von Ärzten, Medikamenten oder dergleichen, Krankheiten und Wunden geheilt werden sollen. Die hauptsächlichsten Vertreter dieser „Lehre“ haben ihren Sitz in Dresden und Hannover und üben diese nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch aus. Die Kranken, die davon profitieren wollen, brauchen nicht einmal persönlich zu erscheinen, sondern können sich auf eine briefliche Beschreibung ihres Leidens beschränken. Durch die in ihrem Interesse alsdann veranlaßten Gebete wird angeblich ihre Heilung früher oder später bewirkt. Einzelne Hosprediger sollen bereits Veranlassung genommen haben, von der Kanzel herab gegen die „Lehre“ vom Gesund- oder Heilbeten und deren Nutzenanwendung Front zu machen. Wie es heißt, gehören zu den eifrigsten Anhängern und Verbreitern dieses Aberglaubens auch solche Personen, die vermöge ihrer Stellung in steter Fühlung mit dem Kaiser und der Kaiserin stehen, welche augenblicklich von dem sich in ihrer unmittelbaren Nähe abspielenden Unzug nicht unterrichtet sind.

**Staatsanwalt und Aufsichtsrathsvorsitzender.**

Eine interessante Angelegenheit beschäftigte in den letzten Tagen den gemeinschaftlichen Landtag von Koburg und Gotha. Der Buchhändler Berthes in Gotha hatte petitionirt um sinngemäße Einführung des § 16 des Reichsbeamten-gesetzes in den Herzogthümern Gotha und Koburg. Nach dem Wunsche des Petenten sollten herzogliche Beamte nicht in Nebenämtern, mit denen eine Vergütung verbunden war, beschäftigt sein dürfen; dies sollte namentlich auf die Verwaltungs- und Aufsichtsrathsstellen Bezug haben. Der Petition lag die Thatsache zu Grunde, daß der damalige Erste Staatsanwalt, jetzige Landgerichtsdirektor Zmmler, Vorsitzender des Aufsichtsrathes der Gothaischen Verlagsanstalt, vormalig Berthes, war und in dieser Eigenschaft von einer in der Unfall begangenen Unterschlagung von 16 000 Mk. Kenntniß erlangt und eine ein-gehende Untersuchung veranlaßt, aber eine strafrechtliche Verfolgung nicht veranlaßt hat. In der Generalversammlung fragte Buchhändler Berthes an, ob denn der Staats-anwalt nichts von der Unterschlagung erfahren habe, worauf der Vorsitzende, also der damalige Erste Staatsanwalt Zmmler, antwortete: „Die Staatsanwaltschaft hat kein Wort davon gehört!“ und auf die verwunderte Frage, wie dies möglich sei, kam die präzise Antwort: „Kein Wort!“ Also der Erste Staatsanwalt Zmmler hat nichts davon erfahren, was der Aufsichtsrathsvorsitzende Zmmler in persönlicher Untersuchung entdeckt hat. Herr Berthes suchte nun den jetzigen Landgerichtsdirektor Zmmler zur strafrechtlichen Verantwortung ziehen zu lassen. Aber sowohl der jetzige Oberstaatsanwalt Piesewetter in Gotha, als auch der Oberstaatsanwalt in Jena lehnten die

Einleitung eines Verfahrens ab, weil die Frage, ob ein Staatsanwalt zur amtlichen Verwerthung der außeramtlich zu seiner Kenntniz gelangten Vergehen verpflichtet sei, im allgemeinen verneint werden müsse und im vorliegenden Falle ein öffentliches Interesse an der Verurteilung des Defraudanten kaum vorhanden sei. Buchhändler Berthes wandte sich nun mit der erwähnten Petition an den Landtag, und dieser beschloß einstimmig, die Petition der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen, und da Staatsminister Lentig einige Tage vorher die Zusage gegeben hatte, auf alle Landtagsbeschlüsse eine Entschliessung dem Landtag zugehen zu lassen, so ist das letzte Wort noch gesprochen.

**Die Heimkehr der Chinatruppen** hat nunmehr der Kaiser selbst angekündigt. Beim Paradebühnen in Metz, wo er sich Ende voriger Woche aufhielt, hat Wilhelm II. zu Ehren des Geburtstages des Zaren eine Ansprache gehalten, von der das offiziöse Telegraphenbureau folgende Inhaltsangabe mittheilt:

„Ansehend davon, daß es eine alte und liebe Tradition des preussischen Heeres ist, die Festtage der russischen Monarchen mitzufeiern, erinnert der Kaiser daran, daß vor bald einem Jahr unter Zustimmung aller Mächte dem Generalfeldmarschall Grafen Waldersee das Oberkommando in Peking übertragen worden wäre. Wenn jetzt Hoffnung vorhanden ist, daß das Gros der verbündeten Truppen bald in die Heimath zurückkehren können, so wäre dies nicht zum kleinsten Theil dem Vertrauen zu verdanken, welches der Kaiser von Rußland dem Grafen Waldersee geschenkt und erhalten habe. Mit dem Wunsche, daß die in China zwischen allen civilisirten Völkern bestehende Waffenbrüderschaft der großen Sache des Friedens zu gute kommen möge, brachte der Kaiser am Schluß seiner Rede ein Hoch auf den Kaiser Nikolas aus.“

Nach der Rede wird man nicht mehr zweifeln brauchen, daß die chinesische Aktion, die zu den schlimmsten Episoden der deutschen Geschichte gehört, endlich beendet wird. Freilich erklärt der Kaiser, nur das „Gros“ der Truppen werde zurückkehren. Damit wird zugleich die von unserer Seite von Anfang an befürchtete Absicht bestätigt, daß als kostspieliges Abenteuer an das chinesische Abenteuer eine Kolonialarmee übrig bleibt, die vorläufig in China dauernd bleiben soll. Wird die Reichstagsmehrheit auch diesen weltpolitischen Brocken schlucken? Bemerkenswerth ist noch, daß der Kaiser jetzt nicht mehr, wie im Späthommer vorigen Jahres, davon redet, der Zar habe das Oberkommando in die Hände Waldersees gelegt. Es ist inzwischen von amtlicher russischer Seite erklärt worden, daß Rußland lediglich die zuerst von deutscher Seite angebotene Uebertragung des Oberkommandos an Waldersee gutgeheißen habe. Und der deutsche Kaiser scheint durch seine jetzige Rede die irrige Annahme corrigiren zu wollen. Daß der Zar persönlich dem Grafen Waldersee sein Vertrauen geschenkt und erhalten hat, wie der Kaiser betont, mag dem Weltmarschall einen kleinen Trost für die unlegbare Thatsache werden, daß die Truppen der verschiedenen Staaten der Civilisation in China sich um den Grafen Waldersee verteuert wenig bekümmert haben und zumeist auf eigene Faust in eiferfüchtiger Holschnur ihre Sache führten.

**Eine Antwort**, die an Deutslichkeit nichts zu wünschen übrig läßt, erhielt die reichsländliche Regierung von der Gemeindevertretung der oberhessischen Fabrikstadt Mühlhausen. Der Gemeinderath von Mühlhausen hatte in der Sitzung vom 29. März einstimmig eine Resolution angenommen, die sich „mit aller Entschiedenheit“ gegen die geplante Erhöhung der Getreidezölle aussprach. Dabei wurde die Erwartung ausgesprochen, daß die Vertreter des Reiches und der Stadt Mühlhausen im Reichstag und Landesparlament nachdrücklich jeder Zollerhöhung entgegenzutreten werden. Die Resolution kam zur Verlesung an den Reichstagskanzler, den Staatssekretär des Innern, das Reichsschatzamt, den Bundesrath und Reichstag, sowie an die erwähnten zwei Abgeordneten. Diese Resolution scheint das hohe Mißfallen Sr. Exzellenz des Staatssekretärs von Ruckelshausen in Straßburg erregt zu haben, denn in der Sitzung des Mühlhäuser Gemeinderaths vom Dienstag voriger Woche kam ein Schreiben seines Untergebenen, des Bezirkspräsidenten v. Hohenlohe-Schillingensfeld, zur Verlesung, wonach der Gemeinderath durch die Annahme der genannten Resolution seine Befugnisse überschritten haben soll. Der Bürgermeister wurde in dem Schreiben ersucht, den Gemeinderath auf die begangene Zuwiderhandlung aufmerksam zu machen, und zugleich wurde angefragt, ob der Gemeinderath bei seinem „ungesetzlichen“ Beschlusse beharre. Der Gemeinderath der Stadt Mühlhausen gab auf dieses lebenswichtige Schreiben seiner Aufsichtsbehörde die Antwort, die zu geben war: er erklärte in einem einstimmig gefaßten Beschlusse, daß er von dem Schreiben des Herrn Bezirkspräsidenten Kenntniz genommen habe und über dasselbe zur Tagesordnung übergehe.

**Die Duellgeschichte** hat wiederum ein Opfer gefordert. Durch Zweikampf wurde in Mainz am Himmelfahrtstage, morgens zwischen 4 und 5 Uhr, ein „Ehrenhandel“ zwischen zwei Offizieren der dortigen Garnison erlobt. Schauplatz des heutigen „Gerichtsvorgangs“ war der Festungsgarten hinter der Citadelle und die Personen waren der Hauptmann Hermann Bogt und der Oberleutnant des 88. Infanterie-Regiments Richter. Es soll bei diesem „Rechtshandel“ 13maliger, nach einer anderen Version sogar 17maliger Kugelwechsel stattgefunden haben. Richter wurde schließlich in tödtlichem Zustande nach dem Militärhospital geschafft; er soll der beleidigte Theil gewesen sein. Wilhelm II. wurde telegraphisch von diesem „Rechtsvorgang“ in Kenntniz gesetzt. — Erst jüngst wurde von einer Berliner Korrespondenz erzählt, der Kaiser habe sich gegen das Duellwesen ausgesprochen. Das scheint aber auf die blutdürstigen jungen Leute wenig Eindruck gemacht zu haben. Zweifellos ist daran, daß die Absehung des Kaisers ernst gemeint sei?

**Ueber die Einmischung der Einzelstaaten in die Reichspolitik** wird von konservativer Seite hittere Klage geführt. In Koburg-Gotha hat der Landtag, in dem bekanntlich Sozialdemokraten und Freiwüthige die Majorität besitzen, die Kaiserin geholt, die Regierung anzufragen, daß sie im Bundesrath gegen die Erhöhung der Wehrmittelsätze und für Bewilligung von Voten an die Reichstags-Abgeordneten thune. Dieser Versuch, die Thätigkeit der Bundesraths-Berathmächte unter dem Einfluß und die Kontrolle der Parlamente zu stellen, bezieht die

„Post“, das Organ des freikonservativen Parteiführers v. Jeddlich in heller Entrüstung als verfassungswidrig. So böse hat sich noch selten jemand in der eigenen Schlinge gefangen wie in diesem Falle das Jeddlichblatt. Erst am 26. Januar d. Js. hat das preussische Abgeordnetenhaus nämlich einen von den beiden konservativen Fraktionen gestellten Antrag angenommen, welcher die Regierung aufforderte, für wesentlich gesteigerten Vollschutz der landwirtschaftlichen Produkte und baldigste Vorlegung des Zolltarifes an den Reichstag einzutreten. Bei Verlesung dieses Antrages aber äußerte sich kein anderer als der 25. März-Verstärker der „Post“, Hr. v. Jeddlich, selbst folgendermaßen:

„Meine Herren! Ich komme dann zu der Frage, wie wir dazu kommen, hier in diesem Hause den Antrag auf Erhöhung der Getreidezölle und auf baldige Vorlegung des Zolltarifs zu stellen. Nun, meine Herren, der Herr Abg. Barts scheint doch mit unserer deutschen Reichsverfassung nicht eben auf besonders gutem Fuße zu stehen, sonst würde er wissen, daß es ein Stadium giebt, in dem die verbündeten Regierungen durch ihre Vertreter im Bundesrath auf die Regelung von Angelegenheiten des Reiches doch entscheidenden Einfluß ausüben. Meine Herren, die preussische Staatsregierung ist dem Reichstage gegenüber in keiner Weise verantwortlich; sie ist aber dem preussischen Landtage gegenüber verantwortlich für ihre Stellungnahme im Bundesrath, und deshalb, meine Herren, ist der Zeitpunkt gerade der richtige, jetzt einzutreten.“

Also, wenn die ostelbischen Junker im preussischen Landtage die Regierung auffordern, durch ihre Vertreter im Bundesrath für den Brotwucher einzutreten, so sind sie dazu berechtigt, auf Grund der Reichsverfassung, wie Freiherr Octavio v. Jeddlich klarlich bewiesen hat. Wenn aber der Koburg-gothaische Landtag die Regierung auffordert, gegen den Brotwucher im Bundesrath Front zu machen, dann handelt er, wie das Organ des edlen Freiherrn wiederum beweist, verfassungswidrig. Das war kein Meisterstück, Octavio!

**Ein Beitrag zur lex Heinze.** Aus Krefeld wird geschrieben: Krefeld gehört noch mit zu den wenigen Städten, in denen die Prostitution lajernirt ist. Ist das Prostituirtenviertel ohnehin schon als eine schlimme Sehenswürdigkeit Krefelds bekannt, so wächst der Zulauf zu einem öffentlichen Skandal, an mena Feillichkeiten arrangirt werden, die viele Fremde anziehen, wie Fastnachtzüge, Krieger- und Sängervereine. Von seiten der Anwohner, deren Grundstücke durch die Nachbarschaft der Benußprieesterinnen entwerthet sind, ist schon vieles versucht worden, um diese Nachbarrinnen los zu werden. Doch hat sich die Behörde vollständig passiv verhalten, sie stellt nur ihre Wachen, damit wenigstens das Treiben auf den Straßen nicht allzu anstößig werde. In letzter Zeit ist nun von den umwohnenden Geschäftsleuten eine Genossenschaft gegründet worden, die es sich zum Ziel gesetzt hat, den Häuserblock anzufassen und niederzureißen, um auf diese Weise die Nachbarschaft los zu werden. Solange die Genossenschaft noch nicht im Besitz der genügenden Mittel ist, ist das Endziel nur ein schöner Traum. So ist man nebenbei auf ein anderes Mittel verfallen, um zum Ziele zu kommen. Fortgesetzt denunzirt man jetzt die Besitzer der Häuser, die an Prostituirte vermietet haben, wegen gewohnheitsmäßiger Kuppellei. Die Polizei wird durch derartige Denunziationen in eine üble Lage gebracht, denn sie muß bei jeder Verhandlung zugeben, daß die Hausbesitzer dort sich in einer Nothlage befinden, daß es ihnen absolut unmöglich ist, andere Miether zu erhalten, ja, daß Polizeibeamte, denen die Wohnungen unentgeltlich angeboten wurden, abgelehnt haben, dort zu wohnen. Auch muß sie zugeben, daß sie den Vermietern gesagt hat, sie sollten nur an Prostituirte vermieten, aber darauf sehen, daß es etwas ruhig „hergehe“. Selbstverständlich muß aber das Gericht jedesmal zu einer Verurtheilung kommen, wenn auch die Strafen ganz gering (gewöhnlich drei Tage Gefängniß) ausfallen. Wie die Behörde sich aus dieser Schwierigkeit herauszihilft, ist den Stadtvätern vorläufig noch ein Geheimniß, klar ist nur, daß es unhaltbare Zustände sind, die die Polizei in die Lage versetzen, zur Uebertretung der Gesetze aufzufordern. Das einzige Mittel wäre, von seiten der Stadt die Häuser anzukaufen, aber dazu fehlt das Geld, weil die Finanzlage der Gemeinde an sich nicht günstig und überdies auch der Bau eines Industriehausens in Angriff genommen ist, der circa 11 Millionen Mark kosten wird. Es bleibt also vorläufig beim Alten.

**Meine politische Nachrichten.** Der Anwesenheitsgeldbeschlusses des Reichstages soll privaten Meldungen zufolge auf der Tagesordnung der Bundesraths-Sitzung am Freitag gestanden haben. In dem vom offiziellen Telegraphenbureau ausgesprochenen Berichte war davon nichts zu lesen — Die in München bismarck verläutet, soll das bayerische Heer noch in diesem Herbst mit den neuen, in Spanien hergestellten Gewehren, die bereits im Gebrauch vieler Chinarupen sind, ausgerüstet werden. — Der Prinz-Regent Nikopolis von Bayern begnadigte aus Anlaß seines 80. Geburtstages am Himmelfahrtstage abermals 396 Personen. Damit hat die Amnestie, die insgesamt 1384 Personen zu Theil wurde, ihren Abschluß gefunden. — Die beiden Direktoren der Pommerschen Hypotheken-Aktiengesellschaft in Berlin, Frau Komand und Wilhelm Schulz, werden Sonnabend Nachmittag verhaftet und ins Untersuchungsgefängniß übergeführt. Wie die Direktion dem „Hann. Courier“ mittheilt, stehen die Verhaftungen angeblich in keinerlei Zusammenhang mit der Lage und Geschäftsführung der Bank. Die Verhaftung sei wahrscheinlich auf eine private Denunziation und nicht durch die Aufsichtsbehörde erfolgt. — Der württembergische Landtag überwiegt am Sonnabend den Antrag der Konservativen auf Einführung von einheitlichen Postwertzeichen einstimmig der Finanzkommission. Im Besitze der Deputirten theilte Ministerpräsident Dreiling mit, daß zwischen Württemberg und der Reichspostverwaltung ein Meinungsunterschied darüber herrsche, ob unter Führung der Sonderrechte Württemberg eine geeignete Abrechnungsweise möglich sei. — Die österreichische Kanalvorlage kann als völlig geichert gelten, denn, wie aus Wien gemeldet wird, wurden die Differenzen, welche noch über die Vertheilung der Länder an den Kosten der Wasserstraßen bestanden, Freitag Nachmittag beigelegt. Durch welche die Länder an Preken und Amortisation der Anleihen, die zum Bau der Kanäle und zur Finanzanleihe nötig sind, mit 12 1/2 Prozent participiren. Mit dieser Vereinbarung zwischen der Regierung und der Partei ist das letzte Hinderniß für das Zustandekommen des Kanalgesetzes beseitigt. — Aus Kopenhagen wird dem „N.-Yorcker Journal“ gemeldet, daß die Verhandlungen über den Verkauf der dänischen westindischen Inseln an die Vereinigten Staaten abgebrochen sind. Der Kaiserpreis betrage vier Millionen Dollars. (Nachrichten desselben Inhalts sind früher bereits erwähnt worden; es steht deshalb die Bekätigung abzuwarten.)

Reb) — Das norwegische Landsting verwarf mit 16 gegen 13 Stimmen den Antrag betr. Einführung des kommunalen Stimmrechts für Frauen. Der Antrag soll jetzt in einer Plenarsitzung des Storting abgelehnt werden. — Weil der Zeuzor verweist ist, — so wird allen Ernstes berichtet — können in der Stadt Borga in Finland seit einigen Tagen keine Zeitungen erscheinen. Man soll sich jetzt auch in dem übrigen Rußland mit dem Gedanken tragen, die Journale auf Reisen zu schicken. So weiß man in Rußland der liberalsten und der reaktionärsten Forderung zugleich zu entsprechen — der Abschaffung der Journale und — der Abschaffung der Zeitungen. — Aus Belgrad (Serbien) wird gemeldet: Der im vorigen Jahre wegen Hochverraths zum Tode verurtheilte Ranko Lajtsch, der sich zur Zeit in Cetinje aufhält, ist vom König begnadigt worden. — Nachdem die Traunbach-Gesellschaft in Albanien (Vereinigte Staaten) die Forderung zu der Auskündigung bewilligt hat, ist nunmehr der Ausstand beendet. Die Truppen wurden zurückgezogen.

### Belgien.

**Die Marcellaise in der Kammer.** Bei der Diskussion über das Budget des Ministeriums des Neuzern kam es Freitag unerwartet zu Skandalen. Die liberalen Abgeordneten Dohet und Gellind-Devinghen traten für Wiederherstellung der weltlichen Herrschaft des Papstes ein, worauf die Sozialisten unter Journemont die Marcellaise sangen. Der Präsident mußte die Sitzung unterbrechen. Nach der Wiederaufnahme wurde das Budget der Gesandtschaft beim Quirinal (bei der italienischen Regierung) mit 119 gegen 1 Stimme, das Budget derjenigen beim Vatikan aber nur mit 85 gegen 55 angenommen.

### England.

**Die Reorganisation des englischen Heeres** wurde Donnerstag im Unterhause weiterberathen. Der Erste Lord des Schatzes Balfour gab dabei die verblüffende Weisheit zum besten, daß England beim Ausbruch des südafrikanischen Krieges in einer besseren Lage gewesen wäre, wenn das Heer so organisiert gewesen wäre, wie es jetzt vorgeschlagen werde. Gegenüber der Behauptung, daß die Vertheilung des Landes der Flotte, nicht dem Heere überlassen werden sollte und daß deshalb die in dem Entwurfe der Regierung enthaltenen Vorschläge betr. die Landesvertheidigung unnötig seien, wies Balfour darauf hin, daß gewisse militärische Sachverständige im Auslande viel Zeit der Frage gewidmet hätten, ob eine Landung in England möglich sei und welche Folgen eine geglückte Landung haben würde. Im Interesse des Friedens würde es viel besser sein, diese Träume eines Einfalles in England zu bannen. Jeder militärische Theoretiker auf dem Kontinent müsse ein für alle Mal begreifen, daß eine Landung in England eine der hoffnungslosesten militärischen Expeditionen wäre; das würde eine große Sicherheit für den Frieden sein. Sodann wurde mit 327 gegen 211 Stimmen der Antrag Campbell-Bannerman's abgelehnt, in welchem erklärt wurde, daß das Haus zwar Maßnahmen zur Erhöhung der Schlagfertigkeit des Heeres zu unterstützen wünsche, aber zugleich der Meinung sei, daß die Vorschläge der Regierung in vieler Hinsicht den besonderen Bedürfnissen des Reiches und den stark angewachsenen Lasten, welche die Nation zu tragen habe, nicht angemessen seien, während sie die militärische Stärke des Landes nicht wesentlich erhöhen. Die Resolution Brodricks, welche die Zustimmung des Hauses zu den militärischen Vorschlägen der Regierung aussprach, wurde mit 305 gegen 163 Stimmen angenommen.

### Rußland.

**Ueber angebliche Arbeiterunruhen in Petersburg** wird einem Berliner bürgerlichen Blatte folgendes gemeldet: Die Petersburger Arbeiter feierten ihren 1. Mai nach russischem Stil, der Mittwoch stief noch verhältnismäßig gelinde ab, der 2. Mai nahm dagegen einen sehr stürmischen Verlauf. Jenseit der Newa, auf der Wiburger Seite, liegen die meisten Fabriken. Dort wurde es kurz nach 2 Uhr unruhig, sämtliche Arbeiter, mehrere Tausend an der Zahl, verließen, mit Ziegeln und Steinen bewaffnet, ihre Arbeitsstätten und demolirten einige Fabrikgebäude, namentlich wurde die Fabrik von Kessler arg mitgenommen, alle Fenster und Thüren wurden dort zertrümmert. Sofort rückte die Polizei zu Pferde und Gendarmen heran. Sie wurden mit einem Steinhagel empfangen, die Polizei zog blank und schlug mit Säbeln in den Arbeiterhaufen hinein. Es gab eine Menge Verwundeter auf beiden Seiten. Sanitätswagen mußten requirirt werden, um die schwer Verwundeten fortzuschaffen. Zwei Personen blieben todt auf dem Platze. Darauf zog ein Haufen Arbeiter nach der Samonowischen Manufaktur, schlug die Fenster des Gebäudes ein, forderte die dortigen Arbeiter auf, sich an den Kundgebungen zu betheiligen. Die Arbeiter verhielten sich jedoch ruhig und kamen nicht aus der Fabrik heraus. Viele Verhaftungen wurden vorgenommen, darunter befinden sich auch einige Studenten. — Bestätigung dieser Meldung bleibt abzuwarten.

### Serbien.

**Ueber den Skandal im serbischen Königshause.** Die vom Volke geschenkten zwei prachtvollen Wagen können vorläufig aus dem Brunnhalle des kgl. Palastes entfernt werden. Die seit Wochen in der Belgrader Festung in vollkommener Vereinschaft gestandene große Krupp'sche Kanone, die dem serbischen Volke das freudige Ereigniß hätte verkündigen sollen, wird abgerüstet, denn die Werke stellen mit zweifelloser Gewißheit fest, die Königin Draga sei überhaupt nicht in gesegneten Umständen. Diese Nachricht ist Freitag Nachmittag in Belgrad bekannt gegeben worden und hat dort weit weniger Aufsehen erregt als im Auslande, da man in Serbien schon seit geraumer Zeit nicht mehr an das freudige Ereigniß glaubte. In den Hof- und diplomatischen Kreisen Belgrads sucht man die Angelegenheit der Königin als eine rein familiäre zu behandeln. Der König ist angeblich sehr gefaßt und beruhigt, während die Königin sich in sehr trüblicher Stimmung befindet. Während des Ministeraths am Freitag boten sämtliche Minister ihre Demission an. König Alexander lehnte sie jedoch ab und hat sich die weitere Entscheidung vorbehalten. Das Ministerium verlangte, daß der König sofort Schritte zur Ehecheidung einlette und daß die Königin in ein russisches Kloster verbannt werde. Sonnabend gab indes, einer Wolff'schen Meldung zufolge, der Ministerpräsident Wuitsch die Versicherung ab, daß die Affaire als abgethan zu betrachten sei; die Angelegenheit werde auch in politischer Beziehung keine Folgen haben.

## Transvaal.

**Vom südafrikanischen Kriegsschauplatz** meldet „Reiters Bureau“ aus Cradock vom 18. Mai: Das Kommando, dessen Führer Swanepoel jüngst getötet wurde, befindet sich nördlich von Paarl; dasselbe wählte einen anderen Führer. Oberst Goringe hatte Freitag ein Gefecht mit einem Kommando bei Modderfontein östlich von Stormberg. Die Buren hatten 4 Tote und Verwundete. Eine Burenabteilung, deren Stärke verschiedentlich geschätzt wird, überschritt vor einigen Tagen den Drakensberg und begab sich nach Zuurberg. Führer derselben sind Lotter, Baanman und andere.

Aus Pretoria ist die Meldung eingelaufen, daß die australischen Schützen 27 Mann vom Kommando des Burenkommandanten Pretorius gefangen genommen und das Kommando selbst zerstreut haben.

Zu Kapstadt wurden Freitag fünf neue Bestände unter den Europäern und fünf unter der farbigen Bevölkerung festgestellt.

Witterböse Nachrichten, welche die wahrhaft trostlose Lage des britischen Heeres in Südafrika feststellen, sind in London eingetroffen. Londoner, jeder Burenfreundschaft unverdächtige Blätter veröffentlichten Stellen aus Privatbriefen, die von englischen Offizieren aus Südafrika in die Heimat geschickt worden sind, und welche darthun, daß das gesamte Offizierskorps mehr noch als die Truppen kriegsmüde ist. Während bei den Soldaten die Ueberanstrengungen und die Entbehrungen jeglicher Art für diesen Gemüthszustand entscheidend waren, klagen die Offiziere über das unselbstige Betragen der Buren in der Armee. Durch die Umarmungen einer Anzahl „aristokratischer Offiziere“, welche, gestützt auf ihre Londoner Beziehungen, die Kolonialoffiziere von oben herab ansehen, ist die Lage akut geworden. Es sind schon öfter Reibereien entstanden und es ist sogar zu blutigen Kämpfen zwischen den Kolonial- und den regulären Truppen gekommen, wobei es immer Tote gab. Die Nachrichten über diese Zwischenfälle wurden von der Zensur nicht durchgelassen. (1) Die Offiziere drängen auf eine möglichst schnelle Beendigung des Krieges hin, da sonst sehr wohl Komplikationen entstehen dürften, welche die Fortsetzung des Krieges unmöglich machen würden. — Die neuerliche Friedenssehnsucht der Engländer wird durch diese Nachrichten um so begrifflicher.

## China.

**Vom Chinawirrwarr.** „Daily Mail“ meldet aus Peking: Der den Chinesen unterbreitete englische Vorschlag betreffend Zahlung der Entschädigungssummen ist der, daß China 4prozentige Bonds mit 1/2 pSt. Tilgung ausbebe. Das Geld für diesen Anleihegeschäft soll hauptsächlich von der Salz- und Opiumsteuer aufgebracht werden. Ferner wurde vorgeschlagen, daß eine internationale Kommission eingesetzt werde, die sich möglichst aus Beamten der hiesigen Banken zusammensetzen und die finanziellen Operationen Chinas in dieser Sache kontrollieren soll. — Vom chinesischen Kaiserhof meldet der „Standard“ aus Schanghai vom 17. Mai, ein Beamter, welcher am 1. Mai von Singapur abgereist sei, habe mitgeteilt, daß er den bekannten Gesandten Kanghi am Kaiserhofe daselbst gesehen habe, und hinzugefügt, daß die Kanjustruppen, welche dem Hof zum Schutze dienen, wegen rückständigen Soldes gemeutert hätten. Eine kaiserliche Verordnung sei erlassen worden, welche die Hilfstruppen auflöst, die Ende vorigen Jahres zum Schutze des Hofes nach Norden gekommen waren.

Graf Waldersee meldet aus Peking: Nach verschiedenen Nachrichten laudeten wiederholt Seeräuber südlich von Schanghai und verübten Erpressungen. Das Kanonenboot „Sittis“ traf im Golf von Peking ein, um die Küste abzuwehren.

Laut der „Bl. Volkszeitung“ aus Schanghai zugegangenen Mitteilungen herrscht im Süden der Provinz Tschili eine furchtbare Hungernot. Hunderte eingeborener Christen sterben vor Hunger.

Ueber die deutsche Politik in China läßt sich eine Peking-Korrespondenz der „Times“ vom 15. Mai wie folgt aus: „Die Deutschen bekunden keineswegs die Absicht, die Provinz Tschili zu räumen oder von ihrer herausfordernden Politik abzustehen. Heute verständigte das deutsche Hauptquartier die verbündeten Befehlshaber, daß die Bogen sich im Süden der Provinz jenseits von Tschingting massenhaft ansammeln und kündigte zugleich an, daß eine Expedition zu deren Unterdrückung geplant sei, weshalb die Mitwirkung der verbündeten Streitkräfte wünschenswert sei. Es ist ernstlich zu hoffen, daß die britische Regierung dies nachdrücklich ablehnen werde, da lediglich bezweckt sei, Deutschland Veranlassung für die Fortsetzung seiner unruhigen militärischen Aktion in Tschili zu geben. Die Unordnung in dieser Provinz ist hauptsächlich der unglücklichen deutschen Politik zuzuschreiben, der die Briten nicht länger Vorwand leisten sollten. So lange nicht die chinesische Rechtsprechung wiederhergestellt und die deutschen Expeditionen verboten werden, kann die Ordnung nicht hergestellt werden.“

**Bestrafte Chinakrieger.** Unter dem dieser Tage mit dem Lloyd-Dampfer „Stuttgart“ eingetroffenen Transport traten Soldaten vom ostasiatischen Expeditionskorps befand sich auch eine Anzahl Arreranten, die zum Teil nach Magdeburg, zum Teil nach Köln transportiert wurden, um dort ihre Strafen abzuhängen. Einer von ihnen soll, der „Rhein-Beif. Zg.“ zufolge mit 15 Jahren Festung bestraft sein.

## Südbad und Nachbargebiete.

Montag, den 20. Mai.

Die Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins ist heute, Montag, von halb 9 bis halb 10 Uhr Abends geöffnet.

**Ueber die Lage im Baugewerbe** im verfloßenen Winter hat die hiesige Zahlstelle des Zentral-Verbandes deutscher Maurer eine interessante Statistik aufgestellt. Dieselbe umfaßt den Zeitraum vom 1. Dezember vor. Jz. bis zum 31. März d. Jz. Es wurden 353 von durchschnittlich 425 organisierten Kollegen befragt; von diesen waren 276 Verheirathete mit 669 Kindern und 77 Ledige. 22 Kollegen waren zusammen 18 Arbeitstage oder durchschnittlich 19 Tage krank. Die 53 Befragten haben zusammen 17 153 Arbeitstage infolge Arbeitsmangels oder ungünstiger Witterung feiern müssen, was ist ein Durchschnitt von 48 1/2 Tagen; davon entfielen auf Aussehen wegen Arbeitsmangels: 127 Kollegen mit 1035 Arbeitstagen, oder durchschnittlich 63 1/2 Tage, auf unglückliche Witterungsverhältnisse: 226 Kollegen mit 9118 Arbeitstagen oder durchschnittlich 40 1/2 Tage. Der gesammte Lohnverlust betrug 69 901,89 Mk. oder durchschnittlich 198,02 Mk.; den größten Lohnverlust hatten bei 102 Tagen Arbeitslosigkeit 15 Kollegen mit zusammen 1081,75 Mk. zu erleiden. An Wohnungsvermietungen wurden von 255 Kollegen 41 734 Mk. gezahlt; 47 Kollegen sind im Besitz eines eigenen Hauses.

**Arbeiterrisiko.** Auf dem Dampfer „Magnus“, der von Köln nach Bielefeld u. Co. lösch, wurde heute Vormittag ein Kohlenarbeiter Wilhelm Hölzer, wohnhaft Chalkstraße, als vorderster Glied des Beifahrers beim Aufheben des

Kohlenkorbes abgequetscht. Der Verletzte mußte sich sofort in ärztliche Behandlung begeben.

**Wilde Indianer aus Pommern.** Wegen unlauteeren Wettbewerbs wurde, wie der „Artif.“ berichtet, eine Singpiel-Gesellschaft in Oberfeld angezeigt. Sie gab sich für ein Indianer-Quintett aus und imponierte durch die Wildheit und Unbändigkeit ihres Benehmens. Die Polizei untersuchte jedoch die ihr verdächtig vorkommenden Gestalten und stellte nach einer gründlichen Reinigung fest, daß es eine aus Pommern stammende Musik-Gesellschaft war, die sich als wilde Indianer auch schon in anderen Städten hatten bewundern lassen. Es sollen übrigens nicht die einzigen hieheren Deutschen sein, die als Wilde, Menschenfresser, Schlangenbeschwörer usw. auftreten. — Wenn wir uns recht erinnern, konzertirten diese „wilden Indianer“ schon mehrfach auch in einem hiesigen bekannten Lokal.

**Das Seilspringen der Mädchen,** wie man es vielfach in hiesigen Straßen sieht, ist eine Unsitte, die von Eltern und Erziehern unter keinen Umständen gestiftet werden sollte. So ist derselben kürzlich in Berlin ein 9-jähriges Mädchen zum Opfer gefallen. Trotz des Verbotes der Eltern setzte das Kind das genannte Vergnügen fort, bis es plötzlich über Schmerzen im Leib klagte. Der Arzt konstatierte Darmverschlingung infolge des Seilspringens und ordnete die Ueberführung des Kindes ins Krankenhaus an. Dort wurde demselben auf operativem Wege der Darmknoten entfernt, doch gelang es der ärztlichen Kunst nicht, das junge Leben zu retten.

**Ueber die Zustände in hiesigen Putzgeschäften.** In Erwiderung auf unseren Artikel geht uns von Herrn L. Hammerichmidt, Inhaber der Firma Daniel Schlessinger Nachf., folgendes Schreiben mit der Bitte um Veröffentlichung zu:

„An die Redaktion des „Volksboten“.  
Auf den in Ihrem Blatte gebrachten Artikel betreffs sogenannter Ausbeutens der Arbeitskräfte in hiesigen Putzgeschäften arbeitende Putzmacherinnen erwidere Ihnen folgendes: In meinem Geschäft, welches ca. 20 Jahre am Plage existirt, verdienen Putzfrauen, welche selbstständig arbeiten können, v. Monat 175, 100, 75 und 60 Mk. Vorarbeiterinnen, welche erst ausgelehrt und die ersten Vorarbeiten verrichten müssen, 25—40 Mk. v. Monat. Ferner wird in meinem Geschäft nur in den kurzen Saison-Monaten und zwar im Sommer 2 Monate und im Winter 1 1/2 Monate bis Abends 9 u. v. 10 Uhr gearbeitet, in der ganzen übrigen Zeit, das sind 8 1/2 Monate im Jahr, von 8—8 Uhr, bei 2 Stunden Tischzeit. Jedoch arbeiten meine Damen freiwillig und gerne in der Saison; und auch das nur höchstens in der Woche 2 Mal länger, da eine Jede weiß, daß in dieser kurzen Zeit die Speien für das ganze Jahr verdient werden müssen. Ich bestelle aber aus meine Arbeiterinnen das ganze Jahr hindurch bei vollem Salair, wo ich täglich mit die Speien verdienen, sondern zweie. Denn weiß jede meiner Angestellten, daß sie nach Pfingsten 8—14 Tage Ferien erhalten und zwar bei vollem Gehalt, daß ich Ihnen gestatte, in der Woche einen Tag zu Hause zu bleiben und auch keinen Wunsch, wenn sie mal 2—3 Stunden früher aufstehen möchten, verweigere. In den heißen Arbeitstagen bekommen meine Angestellten 20 Liter Milch p. Tag, sehr häufig Bier des Abends und beim Nacharbeiten Essen und Trinken vollaus. Noch ehe das Geheer „Sitzlegenheit“ betreffend voriet war, hatte ich schon 4 Jahre vorher für meine Damen Ruheplätze zur Benutzung bei Ermüdung angekauft. So könnte ich Ihnen noch Vieles anführen, welches Ihnen Angaben ganz und gar zuwiderläuft. Zwischen mir und meinen Angestellten hat bisher stets das beste Einvernehmen geherrscht und wenn Sie sich einmal die Mühe nehmen wollten und persönlich bei mir erscheinen, dann könnten Sie sich überzeugen, mit welcher Freudigkeit und Liebe, dieselben arbeiten. Als gewiß nicht zu verachtender Beweis, wie wohl sich meine Angestellten in meinem Hause fühlen, bemerke Ihnen nur noch, daß eine große Anzahl zwischen 4 und 18 Jahre bei mir thätig sind. Wie oft ich meine Arbeiterinnen bei Krankheit Wein und andere Stärkungen zugesandt, darüber spreche ich nur, weil Sie mich durch Ihren Artikel dazu herausfordern. Wie Alles in dem Artikel behauptet der Wahrheit direkt zuwider läuft, so auch, daß die jungen Mädchen trotz längerer Arbeit, doch Morgens pünktlich da sein müssen. Dieselben haben den andern Morgen entsprechende längere Urlaub.“

Wie uns speben von dritter Seite noch mitgeteilt wird, soll anlässlich unseres Artikels ein bereits 7 Jahre bei obiger Firma beschäftigtes junges Mädchen entlassen worden sein, weil es in den Verdacht gerathen ist, die Unregung zu unserem Artikel gegeben zu haben. Sollte diese Mittheilung auf Wahrheit beruhen, und wir haben keinen Grund daran zu zweifeln, so müssen wir unser lebhaftes Bedauern über diese Maßnahme des Herrn Hammerichmidt aussprechen, denn das betr. junge Mädchen hatte mit unserem Artikel, der sich auf die Zustände in den hiesigen Putzgeschäften im allgemeinen bezog, gar nichts zu schaffen.

**Gegen den Brodwucher.** Im Rendsburger Stadivordneter-Kollegium wurde am Freitag der Antrag auf Abendung einer Petition gegen die Erhöhung der Getreidezölle zum zweiten Male gegen 3 Stimmen angenommen, vom Magistrat jedoch abgelehnt. — Der Rendsburger Magistrat handelt anscheinend nach „berühmten“ Mustern.

**Der Göttinger Kindesmord** wird bereits am kommenden Sonnabend vor dem hiesigen Schwurgericht zur Verhandlung gelangen.

**Ein Massendurchzug von europäischen Ruthenen** ist der Berliner Eisenbahn-Verwaltung durch die Hamburg-Amerikanische Paketfahrt-Gesellschaft für die ersten Tage des Juni angekündigt worden. Es treffen dann über sechs-tausend Ruthenen, deren Reiseziel Nordamerika ist, auf dem Auswandererbahnhof Hühlfen bei Spandau ein, um nach Hamburg weiter befördert zu werden. Die Leute, durchweg Landarbeiter mit Kind und Regel, sind von Agenten angeworben und sämtlich mit Dampferfahrkarten versehen. Die Bahnverwaltung trifft zur ordnungsmäßigen Weiterbeförderung der Massen besondere Vorbereitungen. Hoffentlich geht es den Leuten „drüben“ nicht ähnlich wie den armen 2500 italienischen Landarbeitern, die unter falschen Vorpiegelungen nach Canada gelockt wurden.

**Zu Polizei-Wachtmeistern** befördert wurden die Schutzleute Graaf und Wojtel.

**Auch im Tode giebt es noch Klassenunterschiede!** Das hat kürzlich wieder, so schreibt man der „Norddeutschen Volkszt.“, ein Vorfall auf dem von Newyork zurückgeführten Lloyd-Dampfer „Königin Louise“ bewiesen. Auf der Rückreise von Newyork nach Bremerhaven starb an Bord desselben ein armer Zwischen-deckspassagier, dessen Frau nun die Wildthätigkeit der Mitreisenden in Anspruch zu nehmen gezwungen war, denn die Reiskarte bis zur Hei-

math war das einzige Besitzthum, welches der Verstorbene hinterlassen konnte. Des Nachts, ohne Sang und Klang, warf man den Leichnam über Bord, nicht einmal das bei derartigen Gelegenheiten übliche Stoppen der Maschine fand der Kapitän notwendig. Es war ja auch nur ein Zwischen-deck. — Augenblicklich befindet sich noch eine Leiche, wohl konservirt und aufbewahrt an Bord des Schiffes, welche die Reise nach Newyork wieder mit zurückmachen soll. Das ist aber auch die sterbliche Hülle eines begüterten Passagiers erster Klasse, welcher einen Tag nach dem Tode jenes Mannes dritter Klasse sein Leben lassen mußte. In diesem Tode wurde sogar das sonst alle Abende in See stattfindende Konzert der zweiten Klasse von dem Kapitän, Herrn Wolger, ausdrücklich untersagt, weil eben diesmal der Sterbefall eines Menschen auf dem Schiffe vorgekommen war.

**Die hiesige Guttemplerloge „Eubeca“** hielt am Himmelfahrtstage im Konzerthaus Fünfhäusen ihre Bannerweihe ab. Die Weihe hielt Herr Blum aus Hamburg. Deputationen von zahlreichen auswärtigen Logen wurden Bannernägeln gestiftet. Aufführungen und vergnügter Tanz hielten die Festtheilnehmer bis um 2 Uhr versammelt; die prächtige Stimmung während des ganzen Festes bewies, daß der Alkohol absolut unnöthig ist, zur Entfaltung von Frohsinn und Humor.

**Entgleist** und an einem Alleebaume festgefahren hatte sich Sonntag Nachmittag in der Roedstraße ein neuer schwerer Wagen der Straßenbahn, wodurch eine kleine Verletzungsstörung entstand.

**Festgenommen** wurde ein Cementfabrikarbeiter aus Taucha, der seitens der Neu-Ruppiner Staatsanwaltschaft wegen Diebstahls flechtlich verfolgt wurde.

**Eigenthumsvergehen.** Wegen Unterschlagung wurde gegen einen hiesigen Arbeiter Anzeige erstattet. — Dasselbe Schicksal widerfuhr einem Ziegeleiarbeiter, der von einer hiesigen Ziegelei verschiedenes Handwerkszeug entwendet hat. — Einem an einem Neubau in der Mostkestraße arbeitenden Töpfergesellen wurden eine blaugestreifte Kasse, eine Seifenbürste und eine Wasserwaage gestohlen.

**Die Fleischer-Verufsgenossenschaft** verlegt ihren Sitz auf Grund eines Vorstandsbeschlusses zum 1. Oktober dieses Jahres von hier nach Mainz.

**Der auf dem Transport nach dem Krankenhaus** verstorbene Gärtnereiarbeiter, über welchen Fall wir in letzter Nummer bereits berichteten, ist der bei dem Kunstgärtner Mohrdank, Moiskinger Allee Nr. 55, beschäftigt gewesene 66-jährige Arbeiter Burmeister. Er ist einem Herzschlage erlegen.

**Diebstähle** sind in den letzten Tagen in dem hiesigen Waarenhause Brinn u. Co. vorgekommen; in verschiedenen Fällen gelang es, die Langfinger abzuwaschen. Da trotzdem so mancher Diebstahl unentdeckt blieb, hat die Firma nunmehr, nach Angabe eines hiesigen Blattes, ein scharfes Kontrollsystem eingeführt.

**Die Stadt Riga** in Rußland begehrt demnächst die Jubelfeier ihres 700-jährigen Bestehens. Es soll eine Ausstellung veranstaltet werden, zu der die norddeutschen Hansestädte, welche seit alter Zeit mit Riga in Handelsbeziehungen gestanden haben, eingeladen werden sollen.

**Kollision.** Zeitungsmeldungen zufolge soll der hiesige Dampfer „Ebbe“, Capt. Krellenberg, auf der Reise von hier nach St. Petersburg mit der Nicolai-Brücke im Petersburger Hafen in Kollision gewesen sein. Sowohl Dampfer als Brücke erlitten erhebliche Beschädigungen.

**In der Angelegenheit unseres Genossen Hoch,** über welche wir in unserer Sonnabend-Nummer berichteten, konstatiren wir, daß das hiesige Amtsblatt die falschen Beschuldigungen über unseren Genossen richtig gestellt hat. Wir hatten dem offiziellen Organ eine derartige Schickslichkeit gar nicht zugetraut.

**Strafkammer.** Wegen Betrug hatte sich Sonnabend der jugendliche Arbeiter F.— zu verantworten. Es handelte sich um eine Verurteilung der Staatsanwaltschaft gegen das auf 14 Tage Gefängniß lautende Erkenntniß des hiesigen Schöffengerichts. Angeklagter war bei dem hiesigen Arbeitsmann St. in Kost und Logis, und hatte denselben unter Vorpiegelung falscher Thatsachen veranlaßt, ihm für die Zeit vom Oktober 1900 bis März 1901 die Zahlung des Kost- und Logisgeldes zu stunden. Am 20. März, nachdem sich der gesündete Betrag auf 198 Mk. belief, verurtheilte der Angeklagte, ohne seine Verpflichtungen erfüllt zu haben. Entgegen dem auf 3 Monate Gefängniß lautenden Antrage des Staatsanwalts verurtheilt das Gericht den Angeklagten unter Aufhebung des schöffengerichtlichen Urtheils zu 2 Monaten Gefängniß. — Unter Ausschluß der Öffentlichkeit wurde gegen den hiesigen Arbeiter A. G. Prien wegen Sittverbrechens, begangen an seiner ca. 12 Jahre alten Pflgetochter, verhandelt. In dieser Strafsache waren sieben Zeugen geladen. Das Gericht verurtheilte den Angeklagten zu einer Zuchthausstrafe von 1 Jahr und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 3 Jahren. Von der sofortigen Verhaftung wurde in Anbetracht des leidenden Zustandes des Angeklagten Abstand genommen.

**Keine amtliche Nachrichten.** Der Senat hat den Landrichter Grisebach aus Frankfurt a. M. und den Assessor der Polizeidirektion in Bremen Dr. Daß zu Amtsrichtern, sowie den Gerichtsschreibergehilfen Köpfer zum Gerichtsschreiber am hiesigen Amtsgericht ernannt. — Die öffentlichen Sachverständigen und Auktionatoren Nebelstorff und Hellmann sind vom Stadt- und Landamt in gleicher Eigenschaft für diejenigen ländlichen Grundstücke, die nicht vorzugsweise zum Betriebe der Landwirtschaft dienen, angestellt worden.

**Schwartzau.** Achtung Holz Käufer! Die aus den Staatsforsten im verfloßenen Winter abgegebenen Einliegerholzdeputaten aus dem hiesigen Forstdistrikt sind bis zum 10. Juni an den bekannten Hebungstagen zu beziehen.

**Fein.** Der Provinzialrath des Fürstenthums Südbad ist auf den 24. Mai er. einberufen worden. — Zigeunertrik. Ein drastisches Beispiel, in welcher Weise auf die Dummheit einzelner Menschen spekulirt wird, liefert der „Anzeiger f. d. Fürstenthum Südbad.“ Nach demselben verunglückten vorige Woche einem Fuhrer in der Nähe Pflöns beim Eggen 2 Pferde, und zwar derart, daß das eine sofort erschossen werden mußte, während das andere schwere Verletzungen erlitt. Am selben Tage kam nun ein Zigeunerweib auf das Gesäß, erliefte davon und versprach, das kranke Pferd zu heilen. Der Fuhrer glaubte daran und gab der Frau 20 Mark, dann machte diese allerlei „Gottessprüche“ und erhielt darauf nochmals 20 Mk. Nun verlangte die Zigeunerin, einsehend, daß hier wohl ein gutes Geschäft zu machen sei, den Schißel zum

Selbstmord, welcher ihr auch anstandslos ausgehändigt wurde. Darauf reichte die Frau dem Hufner einen Wollfaden in den Mund mit der Weisung, immer daran zu zerrn, und gab ihm sodann den Auftrag, einen Strohhalm aus seinem Bett zu holen. Da er jedoch etwas trüb zurück kam, mußte er noch einen Strohhalm aus dem Bett seiner Frau holen. Diesen Augenblick benutzte das schlaue Weib, sich an den Selbstmord heranzumachen. Als der Hufner zurückkam, band sie ihm den Schlüssel um den Hals und verbot ihm, in 8 Tagen den Geldschrank zu öffnen und das Geld nachzu zählen, worauf der Hufner aber erwiderte, er müsse, da er zur Wäner Thierjagd wolle, Geld gebrauchen; die Zigeunerin sagte ihm hierauf, sie käme am andern Morgen um 6 Uhr wieder und wolle ihm den Schlüssel vom Hals lösen; die Zigeunerin verschwand nun. Gegen Abend wurde der Hufner jedoch neugierig, vielleicht möge ihm auch Strupel aufgestiegen sein, er löste den Schlüssel, öffnete den Geldschrank und wurde nun zu seinem größten Schrecken gewahr, daß er das Opfer einer schlaun Diebin geworden; sie hatte 250 Mk. dem Geldbeutel entnommen. Der Hufner schlug Alarm, ließ sofort in der ganzen Gegend Nachforschungen nach dem Verbleib der Zigeunerin anstellen, jedoch erwies sich alles als resultatlos; von dem Zigeunerweib war nichts zu erfahren.

**Kleine Chronik der Nachbargebiete.** In Parchim wurde am Sonnabend Morgen ein Kind von einem mit Fall beladenen Wagen überfahren und getödtet. — Ein schändliches Verbrechen wurde Freitag Abend in Jöhove an einem 15jährigen Dienstmädchen verübt, indem dasselbe auf einem Fußsteige von einem unbekanntem jungen Menschen überfallen und vergewaltigt worden ist. — Auf der Unterelbe kollidierte Freitag Nacht der englische Dampfer „Akaba“ mit dem Kieler Dampfer „Wilhelm“. Letzterer wurde von Deck bis zum Kiel aufgeschnitten und sank sofort mitten im Fahrwasser. Auch der englische Dampfer erlitt schwere Beschädigungen. Glücklicherweise ist bei dieser Kollision kein Mensch verletzt worden. — Der verjüngte Kapellmeister Wagers in Bremerhaven ist noch nicht zurückgekehrt. Die diesbezügliche Meldung war falsch. Die Belohnung für die von ihm wiedergefundenen Goldbarren sollte in nächster Zeit an ihn zur Auszahlung gelangen. — Die beiden Bremer Fischdampfer „Primus“ und „Düsseldorfer“ sind mit ihrer ganzen Besatzung beim Fischfang in der Nordsee untergegangen.

**Aus der Arbeiterbewegung der Nachbargebiete.** Die Maurer und Zimmerer in Trivitz (Mecklen-

burg) streiken. Zuzug ist fernzuhalten. — Die Arbeitgeber lehnten auch den Vorschlag der streikenden Kupferschmiede Hamburgs, den Arbeitsnachweis gemeinschaftlich zu führen, ab. Die Hoffnung auf eine Einigung der Parteien ist damit sehr gering geworden. — Der Feilenhauer-Ausstand in Hamburg-Altona dauert unverändert fort. Es handelt sich bekanntlich um Abwehr einer Tarifreduzierung. Die Streikenden ersuchen nochmals um Fernhaltung des Zuzuges. — Der Ausstand der Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter in Bant-Wilhelmshaven und Umgegend ist gleichfalls unverändert. Die Unternehmer versuchen jetzt, Streikbrecher von auswärts heranzuziehen. Öffentlich scheitert dieser Versuch an der Solidarität der Kollegen. — „Es gelingt nichts mehr!“ kann der Landrath des Kreises Otterndorf (Hannover) ausrufen, nachdem das Landgericht in Stade 4 Genossen aus Vassel, die vom Schöffengericht wegen Verbreitung von Agitationskalendern zu je 30 Mk. Geldstrafe verurtheilt waren, freigesprochen hat. Der Landrath ist nunmehr der Gefahr ausgesetzt, daß sein Machtbereich demnächst wieder von rothen Kalendern überflutet wird.

**Hamburg.** Wegen Unterschlagung von Parteigeldern hatte sich am Mittwoch vor der Strafkammer der frühere Referentenbesorger Cigarrenfabrikant Philipp Hood zu verantworten. Das Gericht erkannte auf 10 Monate Gefängniß und 1 Jahr Ehrverlust und rechnete auf diese Strafe 1 Monat der Unteruchungshaft an. In der Urtheilsbegründung führte der Präsidium aus: Die Strafe sei so hoch bemessen, weil ein Mann, dem von einer so großen politischen Partei so großes Vertrauen entgegen gebracht werde, ernst bestrbt sein müsse, dies Vertrauen zu rechtfertigen, und ein Vertrauensmißbrauch um so schwerer zurechnen.

**Hamburg.** Antisemitisches Ein Fall, welcher in den Annalen der Gerichte noch nicht häufig vorgekommen sein dürfte, beschäftigte in der letzten Zeit die hiesigen Gerichte. Durch Verordnung des Senats sind nämlich vor einiger Zeit verschiedene hiesige Straßen, welche ähnliche Namen hatten, umbenannt worden. So erhielt der frühere „Mitterweg“ den Namen „Schmilinsstraße“, da sich in dieser Straße das große Schmilinsbüchse befindet. Dadurch rückten sich verschiedene antisemitisch angebaute Hauseigentümer dieser Straße verlegt und Klagen gegen den

Staat auf Entfernung des Straßenschildes „Schmilinsstraße“ Mit dieser Klage sind sie aber in allen Instanzen abgewiesen worden. Das Oberlandesgericht stellte fest, daß die Benennung von Straßen keinen Akt der Gesetzgebung erfordere sondern eine Angelegenheit kommunaler Verwaltung und in Hamburg von jeher durch den Senat vorgenommen sei. Die Umbenennung von Straßenschildern müsse sich aber jeder Hauseigentümer gefallen lassen. — Färbwahr, der Antisemitismus treib „herrliche“, an eine gewisse Krankheit erinnernde Bläthen!

**Kiel.** Aufhebung des Gründonnerstags als Feiertag beschlossen in ihrer letzten Sitzung Stadtverordnetenkollegium und Magistrat gegen je eine Stimme. Dieser Beschluß soll dem bevorstehenden Schleswig-Holsteinischen Städtetag unterbreitet werden.

**Briefkasten.**

Einer von den 49. Anonyme Zuschriften wandern, wie Sie nachgerade wissen sollten, in den Papierkorb.

**Gerichtliche Zwangsversteigerungen:**

im Gerichtshause, Zimmer 20, Dienstags und Freitags, Mittags 12 Uhr.

Grundstück	Eigentümer	Termin
Schwantener Allee 16 a	Saß	14. Juni.
Engelsgrube 87 und gr. Kleian 2	Mollenhauer	25. Juni.
Wildebestraße 33, 35	Kell	28. Juni.
Körnerstraße 17	Kell	28. Juni.
Körnerstraße 31	Kell	5. Juli.
St. Jürgen-Ring 3	Kell	5. Juli.
Breitestraße 51	Brinn	9. Juli.

**Sternschanz-Viehmarkt**

Hamburg, 18. Mai. Der Schweinehandel vertiefte gnt. Angeführt wurden 1640 Stück, davon vom Norden — vom Süden — Stück. Preise: Sengschweine — Mk. Verlandschweine, schwere 52—53 Mk., leichte 52—53 Mk., Sauen 42—48 Mk. und Ferkel 51—53 Mk. pr 100 Pfd.

Durch die glückliche Geburt eines kräftigen Knaben wurden hocherz. H. Zeuner und Frau, geb. Schulze.

Südb., den 19. Mai 1901. Am 18. Mai entsetzt plötzlich und unerwartet eine innigste Tochter Malchen im Alter von fast 3 Jahren.

Dies zeigen an die tiefbetrübten Eltern und Geschw. C. Rößtorf und Frau, geb. Kahlitz.

Ein freundliches Logis zu sofort zu vermieten. Altschilde 17.

Ein jaß neuer Tara-Wagen mehrere Größe, zu verkaufen. Näheres in der Exped. d. Bl.

Ein echter schwarzer Königspudel (Hund) zu verkaufen. Rapsburger Allee 47.

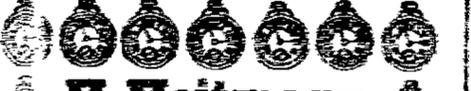
**Erklärung.** Von Singlande in Nr. 49 dieses Blattes. Contingent-Verden (L. O. G. T.) betreffend. Habe ich in erster Urzeugung abgegeben und nehme das- selbe hiermit vollständig zurück. R. Horstmann.

**Alle Bucharbeiten** werden in und außer dem Hause billig angefertigt. Bedenstraße 48. I. St.

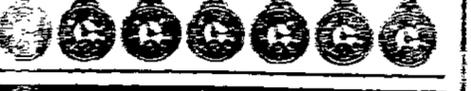
4 feinste Berger Flohberinge für 10 Pfg. Carl Weber, Mittelstraße 3a.

5 feinste Berger Flohberinge für 10 Pfg. W. Bollow, Sandstraße 57.

3 regier., Post- und Decorations- arbeiten werden gut und billig angefertigt von C. Pannier, Lohstraße 65. 2. St.



**H. Heitmann** Uhrmacher 70 Beckergrube 70. Federn-Einsetzen 1,00 Mk. Uhren-Reinigen 1,50 Mk.



**Auf Abzahlung Ganze Möbelausstattungen und einzelne Mobilien H. Prüssmann & Sohn** Südb., Karlesgrube 23.

Uhren reinigen . 1,50, Federn einsetzen . 1,50, 1 Jahr Garantie. Uhrgläser 1. Qual. 0,30. **Aug. Büttner,** Uhrmacher, Südb., Karlesgrube 32.

Im Verlage der „Sozialistischen Monatshefte“ ist soeben erschienen und durch die **Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.** Johannstraße 50 zu beziehen:

**Die Brotwucherer.** Verslein von Tip, Bildlein von Pop. 32 Seiten. Preis 10 Pfg.



„Auf, deutscher Michel, — in letzter Zeit, Feig, daß ein ganzer Kerl bu bist! Wach auf, wach auf aus deinem Schlaf — Wolf über Dir, gutmüth'ges Schaf! Dein kraftvoll Hüllst laut und klar Entgegen der Brotwucherer Schaar! Wehr dich mit donnerndem Protest Wider die drohende Hungerpest! Stoß aus den Schrei des Jorns, der Noth: Hand weg, Herr Junker, von unserm Brot!“

**Als schöne Zimmerzierde** ist den Parteigenossen zu empfehlen:

**Brustbild von Ferd. Lassalle.** Natürliche Größe, Delbrud. Preis 1 Mk.

**Brustbild von Karl Marx.** Natürliche Größe, Delbrud. Preis 1 Mk.

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co. Johannstraße 50.

**Arbeitschuhe, feste** Gansdörfer, nos. Nr. 3, 50, 1—, 150. **Marlesgrube 38.**

**Laßt** auch raffen und die Haare schneiden bei **Anton Grewe, Jahnstr. Allee 55c.** Rasiren 10 Pfg. Haarschneiden 30 Pfg.

**Gartenmöbel** Siehtausen und Gartenschlauch in großer Auswahl empfehle billigst. **Carl Buchholtz** Finkenburger Allee 10 b und Am Lindenplatz in der St. Lorenz-Kirche.

**Gewerkschaftsbrauerei.**

Dem Publikum des Holstenthors hierdurch zur Kenntniß, daß von jetzt an jede Woche regelmäßig Montags und Donnerstags Eke Georg- und Lühlingstraße, Dienstags und Freitags Abends von 5 bis 9 Uhr in der Wikedestraße in unseren Filialen

**Eimerbier** verkauft wird. Die Geschäftsleitung.

**Messer — Löffel und Gabeln — Waffen — optische Waaren** empfiehlt billigst

**Diedrich Tesschau** 27 Lübeck Breitestrasse 27 Messerwaarenhaus.

Verband der Fabrik-, Land-, Hülfis- arbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands (Zasthelle Lübeck.)

**Verammlung** am Dienstag den 21. Mai 1901. Abends 8 1/2 Uhr

im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52 Tages-Ordnung: Aufnahme neuer Mitglieder. Bericht des Delegirten von der Gauconferenz. Fragekasten. Berichtedenes. Die Ortsverwaltung.

**Arbeiter-Radfahrer-Verein.** Saalfahren

am 21. u. 24. Mai im Vereinshaus Abends 9 Uhr präcise. Alle Fahrer werden ersucht, sich daran zu beteiligen. Der Vorstand.

**Gesangverein** „Eintracht“

**BALL** am 2. Pfingstfeiertag im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52. Anfang 6 Uhr. Ende 2 Uhr. Mitgliedskarten müssen vorgezeigt werden. Das Festcomitee. NB. Ausflug am 16. Juni nach Rapsburg.

## Das bedeutendste Problem der modernen Technik!

„Derjenige, dem es gelingt, Elektrizität direkt aus Kohle zu gewinnen, kann fragen, was kostet Europa?“

Das bedeutendste Problem der modernen Elektrotechnik ist zweifellos die Frage der direkten Gewinnung elektrischer Kraft aus Kohle, was eine vollständige Ausschaltung des heutigen Dampfessels und der Dampfmaschine bedeuten würde. Die dadurch herbeigeführte Umwälzung in unserem ganzen technischen Leben würde von beispielloser Tragweite für unsere ganzen sozialen Verhältnisse werden!

Daß die Auffassung des Problems der direkten Gewinnung von Elektrizität aus Kohle von unseren hervorragendsten Fachleuten geteilt wird, beweist der Auspruch eines bekannten Berliner Akademikers, den wir an die Spitze unserer Betrachtungen gestellt haben.

Und warum ist die direkte Gewinnung von elektrischer Kraft aus Kohle von so immenser Bedeutung? — Eine Antwort darauf geben uns die Zahlen der Kraftverluste bei der gegenwärtigen Methode der mittelbaren Gewinnung der Elektrizität unter Mitwirkung des Dampfessels und der Dampfmaschine. — Regierungsrath Dr. Weber hat kürzlich im Verein deutscher Chemiker eine Anzahl hochinteressanter Einzelheiten hierüber vorgebracht, welche wir der nachstehenden Darstellung zu Grunde legen. — Auf dem Wege zwischen der Verbrennung der Kohle und der durch den Dampf wirklich erzielten Kraftleistung sind zwei Stadien des Kraftverlustes zu unterscheiden: Der erste Kraftverlust tritt ein bei der Verdampfung des Wassers, indem selbst in den besten Kesseln nur ungefähr 81 pCt. der von der Kohle gelieferten Wärme zur Dampfbildung verwendet wird, während ca. 19 pCt. durch Abgabe von Wärme nach außen verloren gehen. Das zweite Verluststadium liegt in dem Wege der Umkehrung der erzielten Dampfkraft in mechanische Arbeit, indem bei den besten unserer heutigen Dampfmaschinen nicht mehr als 16 pCt. der im Dampf zugeführten Energie zur Arbeitsleistung verwertet werden.

Dieser kolossale Verlust erklärt sich zum kleinsten Theil durch die Reibungswiderstände an der Maschine, hauptsächlich aber dadurch, daß es sogar theoretisch unmöglich ist, die ganze Energie des Dampfes in Arbeitsleistung umzuwandeln.

Bei der nun folgenden Umkehrung der mechanischen Arbeit in Elektrizität durch die Dynamomaschine tritt ein weiterer Verlust von 10 pCt. ein\*), sodas also schließlich von der, durch die Verbrennung der Kohle erzielten Wärme auf dem Wege über die Dampf- und Dynamomaschine besten Falls nur rund 12 pCt. in Elektrizität umgesetzt werden! Wenn an Stelle der Dampfmaschine ein Gasmotor gesetzt würde, würden sich die Verhältnisse günstiger gestalten.

12 Prozent Ruhezustand! Das ist beschämend wenig! Wenn es gelänge, Kessel und Dampfmaschine auszuschalten und durch unmittelbare Herstellung von Elektrizität aus Kohle auch nur 50 pCt. Ruhezustand zu erzielen, so würde das die größte technische Umwälzung sein, die je erlebt worden ist; denn mit einem Schlage würde die Dampfmaschine überflüssig, die befürchtete Erschöpfung der Kohlenlager und die mit ihr zusammenhängende Verschiebung der Machtverhältnisse in der Welt auf den vier- oder fünffachen Zeitraum hinausgerückt sein.

Kein anderer als Robert Mayer, der Urheber der mechanischen Wärmetheorie, hat bereits im Mai 1842 solche Erwägungen angestellt, die damals wenig verstanden und

\*) Dieser Verlust ist bei vollkommenen Maschinen bereits wesentlich geringer.

beachtet wurden, uns aber heute prophetisch anmuthen. — Freilich erscheint die gestellte Aufgabe, je tiefer man in sie eindringt, um so schwieriger. Ausgehend von der Erfahrung, daß die Verbrennungswärme anderer Stoffe, z. B. des Zinkes, in galvanischen Elementen fast zu 100 Prozent als Elektrizität erhalten wird, hat man erhofft, bei der Kohle einen ähnlichen Umsatz erzielen zu können, doch scheiterten diese Versuche an dem weniger wirkungsfähigen Verhalten der Kohle.

Die ersten vor 30 Jahren von Becquerel und nach ihm von Jabluchow angestellten Versuche zur Lösung dieses Problems fielen deshalb eine Erwärmung der Kohle ins Auge, in der Hoffnung, daß dadurch die Wirkungsfähigkeit derselben im Element erhöht würde; doch alle diese und ähnliche Bestrebungen scheiterten, weil durch die Erwärmung der Kohle ein beträchtlicher Theil des Ruhezustandes verloren geht.

Auch die Versuche, Kohle in anderer Form, nämlich als Kohlenoxyd oder als Kohlenwasserstoff, d. h. als chemische Verbindung in galvanischen Elementen zu verwerten, sind fehlgeschlagen.

Kein Raum mehr von Erfolg begünstigt, waren die ins praktische überführten Erwägungen, ob der Wärmevorrath der Kohle nicht vortheilhaft zu benutzen sei, um die in den Elementen verwandelten Stoffe in ihre ursprüngliche Gestalt zurückzuführen, z. B. das Zink-Sulfat wieder in metallisches Zink zu reduzieren.

Regierungsrath Dr. Weber ist der Ansicht, daß vielleicht die noch wenig gewürdigte Thermo-Elektrizität uns endlich das Mittel an die Hand geben wird, die Wärme der Kohle zu einem höheren Procentsatz in Elektrizität und mechanische Kraft umzusetzen, als es bisher möglich ist. — Jedenfalls dürfen wir nach der Ansicht eines unserer hervorragendsten Elektrotechniker, des Professors S l a b y, hoffen, daß es unserm Jahrhundert gelingen wird, das Problem der direkten Gewinnung von Elektrizität aus Kohle zu lösen, womit ein neues Zeitalter für unsere Technik andbrechen würde!

Wir entnehmen den vorstehenden Artikel den uns zur Verfügung gestellten Auszüge aus der Nummer der populär-technischen Zeitschrift „Kirchhoff's Technische Blätter“ (Herausgeber Arthur Kirchhoff). Preis pro Quartal 1 Mark. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.

## Soziales und Parteileben.

### Streiks und Lohnbewegungen.

In der Eisengießerei von Rob. Müller u. Comp. in Auerbach brachen am Dienstag wiederum Differenzen aus. Müller versuchte abermals durch Anschlag, die am 3. Mai zurückgenommene Lohnreduktion zu erneuern. Die Formier erklärten sich bis auf einen solidarisirten und legten sofort die Arbeit abermals nieder. Die Reduktion beträgt 10 bis 45 Prozent. Die Formier wollen den Zugang nach Auerbach vermeiden. — Sämmtliche Drechsler und Instrumentenmacher der Kasseler Gummiwaarenfabrik von Nickel u. Co. legten wegen Differenzen mit dem Werkmeister die Arbeit nieder. — Der Tabakarbeiterstreik in Nordhausen hat insoweit noch eine Erweiterung erfahren, als am Dienstag den 14. Mai durch 110 Arbeiter der Firmen J. E. Verche und H. u. K. Wittig, nachdem diese Firmen die von den Arbeitern gestellten Forderungen abgelehnt hatten, in den Ausstand getreten sind. Die Forderungen sind: 1) Zurückziehung des Reverses und Anerkennung des Verbandes der Tabakarbeiter, 2) Regelung des Lehrlingswesens, 3) Aufbesserung der Röllchenmacher-Löhne, 4) Anerkennung des Arbeitsnachweisbureaus unter Kontrolle der Fabrikanten und Arbeiter. Die Gesamtanzahl der Ausständigen beträgt nunmehr 341 und wird sich, da eine Einigung ausgefallen ist, am nächsten Sonnabend Abend bis auf über 1000 steigern.

Dann beginnt ein Niesenkampf. Die Nordhäuser Geschäftsleute fühlen schon jetzt die unangenehmen Folgen und stehen mit ihrer Sympathie auf Seiten der Ausständigen. — Der Monatstreik in Göttingen ist jetzt endlich nach neunmonatlicher Dauer beendet worden; die Arbeit ist am Montag wieder aufgenommen worden. Der Kampf wurde von den Arbeitern mit außerordentlicher Zähigkeit durchgeführt und von den 4—500 Ausständigen sind während der langen Zeit, die der Streik dauerte, nur 2 abtrümmigt geworden. Die Unternehmer haben auf die geplante Herabsetzung der Stundenlöhne um 5 Dere verzichtet und den Vorschlag der Arbeiter, die neuen Arbeitsbedingungen durch eine gemeinsame Kommission festsetzen zu lassen, angenommen. — Die Baumeister in New York sperren die Mauer aus, wodurch die ganze Bauzätigkeit lahmgelegt wird.

### Frauenarbeit und Hauswirtschaft.

Unter diesem Titel hat die „Buchhandlung Vorwärts“ in Berlin soeben eine neue Broschüre aus der Feder von Lily Braun erscheinen lassen. Die Schrift behandelt eine umstrittene Frage, die bereits in einer Berliner Versammlung auf Widerspruch gestoßen ist. Während B e b e l in seinem Buch „Die Frau und der Sozialismus“ die Frage erst in der künftigen Gesellschaft für spruchreif hält, sieht Lily Braun in den technischen und sozialen Fortschritten bereits heute die Möglichkeit der theilweisen Durchführung gegeben. Der Werth der Streitschrift ist dadurch erhöht, daß die Verfasserin den kulturhistorischen und sozialen Untergrund der ganzen Frage in den Kreis ihrer Betrachtung zieht: die Entwicklung der Hauswirtschaft, die Ausbreitung der Frauenarbeit und ihre Folgen, der Gegensatz der bürgerlichen Frauenarbeit zur proletarischen, die Frage der Privathilfe und Staatshilfe, die Wirtschaftsgenossenschaft und die Wirkungen der hauswirtschaftlichen Reform. Damit hat die Schrift einen Agitationswerth erhalten, der über den Kreis der eigentlichen Streitsfrage: der Wirtschaftsgenossenschaft, hinausragt und ihre allgemeine Verbreitung wünschenswerth erscheinen läßt. Der Preis beträgt 50 Pf. im Buchhandel. Für Agitationszwecke ist eine billige Ausgabe zu 20 Pf. hergestellt. Wir können den Genossen die Anschaffung dieser Broschüre nur empfehlen. Die Buchhandlung des „Lüb. Volksb.“ wird sie ihnen event. besorgen.

### Aus der russischen Geheimpresse.

Die wichtigsten Dokumente zur Beurteilung der politischen Bewegung in Russland sind die Kundgebungen der revolutionären Organisationen im Lande selbst. Wir wollen deshalb zur Charakteristik der jüngsten Ereignisse Einiges aus den in Russland verbreiteten Flugblättern mittheilen. Wir entnehmen unsere Angaben der geheimen Zeitung „Iskra“ („Der Funke“). Ein Flugblatt vom 2. 15. März nimmt Stellung zu der Frage des „Terrors“, da nach dem Schuß des Karpowitsch auf den Unterrichtsminister sich Meinungen geltend machten, daß eine Wiederholung der gegen die Person des Zaren gerichteten Anschläge zweckmäßig wäre. Das Flugblatt erklärt: „Diese Anschauung ist durchaus irthümlich. Die lebendige Geschichte kennt keine buchstäblichen Wiederholungen. . . . Unser jetziger Selbstherrlicher, was, welche Idee vertritt er durch seine Person? Ist er denn nicht einfach der Strommänn für die Regierung der Bureaucratie? . . . Unsere Aufgabe besteht jetzt nicht darin, diesen geliebten Kautschukstempel zu vernichten, sondern darin, ihn aus den Händen der Bureaucratie in unsere Hände zu nehmen.“ Ein anderes Flugblatt charakterisirt wie folgt die Universitätsfrage: „Die Entscheidung der Universitätsfrage muß gesucht werden in der Entscheidung einer umfassenderen und unaufschiebbaren Frage — der Frage der Erweiterung der politischen Schranken des russischen sozialen Lebens. . . . Den Gewaltthätigen muß Macht entgegengesetzt werden. . . . Und diese Macht wächst bereits, das Leben selbst bringt sie hervor, in ihr liegt das Pfand einer besseren Zukunft. Rasch verbreitet sie sich über das Land, es immer stärker und fester umfassend, eine furchtbare, noch unbewußte Macht. Aber wenn in ihr das Be-

## Der Präsident.

Roman von Karl Emil Franzos.

(Schluß.)

Nachdruck verboten.

„Ich erinnere mich, die Arbeiter“, sagte der Minister. Er war noch immer wie betäubt, es kostete ihm Mühe, dem Gedankengang des Unglücklichen zu folgen. „Ich verstehe nur Eines nicht“, sagte er langsam und strich sich mit der Hand über die Stirne. „Warum entdecken Sie sich nicht mir, oder warum riefen Sie nicht die Gnade des Monarchen an?“

„Aus zwei Gründen“, erwiderte Sendlingen. „Ich habe mich mein Leben lang bemüht, Recht zu üben ohne Ansehen der Person. Es war mir immer der qualvollste Gedanke, daß der Adelige, der Reiche oft auch da, wo einzig das Gesetz entscheiden sollte, Begünstigungen erfährt, die dem Armen und Niedrigen nie zu Theil geworden wären. Und darum war es mir eine Pein, eine derartige Begünstigung nun für mich in Anspruch zu nehmen. . . .“

„Aber dann sind Sie ja ein Mann von seltenem Rechtsgefühl!“ rief der Minister. „Und daß Sie ein solches Schicksal traf. . . .“

Er verstummte.

„Ist tragisch“, ergänzte Sendlingen und seine Lippen bebten. „Gewiß, das ist es. . . . Aber ich will mich nicht besser machen, als ich bin; auch ein anderer Grund ließ mich zögern, die Gnade des Kaisers anzurufen. Was wäre der Erfolg gewesen, Excellenz? Eine Begnadigung zu lebenslänglichem, zu zwanzigjährigem Kerker. Schon die bloße Ankündigung dieser Strafe hätte so tief in das Leben dieses schwächlichen, gebrochenen Mädchens eingegriffen, daß sie dieselbe schwerlich überdauert hätte, und wenn auch — eine gänzliche Begnadigung wäre erst nach zehn, nach acht, im besten Falle nach fünf Jahren erreichbar gewesen, sie hätte dieselbe nicht mehr erlebt. . . . Ich war davon überzeugt,

ganz fest überzeugt, und dennoch“ — seine Stimme wurde leiser — „auch ich war nur ein Mensch. . . . Als ich die Bestätigung des Todesurtheils durch den Kaiser in den Händen hielt, da übermaunte mich die Feigheit, die Selbstliebe, ich reiste dann nach Wien, es war am 18. Februar. . . .“

„Das Attentat!“ rief der Minister. „Welcher entsetzliche Zufall! . . . So spielt das Schicksal mit uns Menschen!“

„Auch ich habe zuerst so gedacht“, erwiderte Sendlingen. „Dann aber habe ich eingesehen, daß nicht jener Zufall mein Loos entschieden hat: es war von Beginn besiegelt. Durch mein ganzes Wesen und durch das, was geschehen war. In diesem Sinne giebt es ein Fatum, in diesem Sinne geschieht auf Erden, was geschehen muß, und mein Schicksal ist hierfür nur eben ein Beleg zu Millionen anderen. . . . Ich kehrte nach W. zurück und befreite das Mädchen. Wie es mir gelang, bin ich bereit, meinen Richtern zu sagen, so weit es meine eigene That betrifft. Helfer unter den Beamten hatte ich nicht. Sie werden mir dies glauben, Excellenz, obwohl ich Ihnen zum Beweise nur mein Wort anzubieten hätte, das Ehrenwort eines Verbrechers!“

„Ich glaube Ihnen“, sagte der Minister. „Sie brachten das Mädchen ins Ausland?“

„Ja, und suchte gutzumachen, was ich veräunt. Das Geschick war mir gnädig, meine Tochter ist versorgt. Ich aber darf nun thun, wozu ich von je entschlossen war, obwohl ich nicht wußte, wann mir der Tag gegönnt sein würde, es thun zu dürfen, — ich darf vor Sie, den obersten Hüter der Rechtspflege in diesem Lande, hintreten und sagen: Uebergeben Sie mich meinem Richter!“

Sendlingen schwieg, auch der Minister fand zunächst keine Worte. Bleich ging er im Zimmer auf und nieder. „Aber davon kann ja keine Rede sein!“ rief er endlich. „Aus tausend Gründen nicht! Wir sind ja keine Barbaren!“ „Es kann sein und muß sein! Ich will mich Recht!“

„Aber bedenken Sie nur!“ rief der Minister und rang die Hände. „Es wäre ja der furchtbarste Schlag, der das Ansehen unserer Justiz treffen könnte. Ein einstiger Präsident als Verbrecher vor den Schranken eines Gerichtshofes! — ein Mann, wie Sie! Auch verdienen Sie ja keine Strafe! Wenn ich erwäge, was Sie gelitten, und wie sich Alles gefügt — mein Gott, ein Unmensch müßte man sein, um nicht ergriffen zu werden, um nicht zu sagen: wenn dieser Mensch vielleicht wirklich ein Frevler war, so hat er es doch schon tausendfach gebüßt.“

„Sie weigern mir also mein Recht?“

„Es wäre Unrecht! Ziehen Sie in Frieden, Herr Baron, kehren Sie zu Ihrer Tochter zurück!“

„Ich kann nicht. Ich könnte die Martern meines Gewissens nicht ertragen! Weigern Sie mir meine Strafe, so werde ich mich öffentlich selbst anfragen!“

„Um Gotteswillen: das fehlt noch!“ Der Minister trat näher auf ihn zu. „Ich sehe Sie an, lassen Sie diese Dinge ruhen! Fügen Sie dem Stände, dessen Fierde Sie so lange gewesen, nicht das Schlimmste zu, was ihm widerfahren kann. Und noch Schlimmeres hätte Ihre That im Gefolge: Sie würden das Ansehen des Staates untergraben. Erwägen Sie die Zeit, in der wir leben — die Revolution glimmt unter der Asche fort. . . .“

„Ich kann nicht, Excellenz. Thun Sie Ihre Pflicht freiwillig, damit ich Sie nicht dazu zwingen muß!“

Der Minister blickte ihn an: auf diesen Zügen lag die Ruhe eines unerschütterlichen Entschlusses. „Ein Fanatiker“, dachte er, „was fange ich mit dem Menschen an?“ Unschlüssig ging er im Zimmer umher.

„Herr Baron“, begann er dann, „Sie würden den Staat in den Stand der Nothwehr setzen. Klagen Sie sich öffentlich an, etwa durch eine Broschüre, die Sie im Ausland erscheinen lassen, so würde ich erklären lassen, daß Sie wahnsinnig sind. Man würde mich dies glauben, zweifeln Sie nicht daran!“

wußte erwacht — dann ist es das Ende des Absolutismus, das Ende der verfaßten Sklaverei.“ Schließlich einige Zeilen aus dem Flugblatt, das nach der großartigen Demonstration vom 11./24. März in Rjewe verbreitet wurde: „Genossen! Uns stehen noch lange Jahre eines harten Kampfes bevor, aber wir besitzen jetzt eine starke Waffe — den Massenprotest, die Demonstration. Bei jedem neuen Gewaltmißbrauch der zarischen Regierung werden wir laut gegen die Ungeheuerlichkeit im Namen der Menschlichkeit und Gerechtigkeit protestieren.“

## Aus Nah und Fern.

**Kleine Chronik.** Beim Spiel hat auf dem Dominium Babisch in (Pofen) ein vierjähriger Knabe seine Spielgefährtin, ein siebenjähriges Mädchen, erstochen. Die beiden Kinder hatten sich beim Spiel erzuert. Der Knabe zog im Streit sein Taschenmesser heraus und brachte dem Mädchen einen Stich in die Brust bei. Nach einer halben Stunde war das Mädchen todt. — Im Langsaale des Weiß'schen Gasthofes in Mülsen (Sachsen) brach am Himmelfahrtstage ein Witternachts Feuer aus, das eine große Panik hervorrief. Zwei Mädchen wurden beim Verlassen des Saales todt gedrückt, viele andere Personen verletzt. Das Gebäude ist niedergebrannt. Es wird Brandstiftung vermutet. — In Lenitz bei Lobenstein (Meuß) erschlug der 20jährige geistesgestörte Landwirth Thomaes seine 9jährige Schwester mit einer Holzaxt. — Verschundene Alten machten vor einigen Monaten den Beamten des Landgerichts in Elberfeld viele Sorgen und Schreierien. Es handelte sich um Voruntersuchungsakten gegen verschiedene Frauenspersonen und deren Zuhälter wegen Kuppelerei usw. Nach langen Ermittlungen gelang es, den Kanzlisten Anton Müller, der auf dem Bureau einer der Untersuchungsrichter beschäftigt war, als den Schuldigen zu entlarven. Müller hatte die Akten gegen gute Trinkgelber den beschuldigten Personen zur Einsichtnahme überlassen und diese Leute hatten sie dann einfach in den Ofen gesteckt und verbrannt. Müller wurde jetzt von der Strafkammer wegen Beiseitejagung von Akten um 1 Jahr Gefängniß verurtheilt. — Der frühere berühmte Schwachmeister Windwisch, der in der letzten Zeit an Geistesstörung litt, hat sich in Biebrich von der elektrischen Bahn überfahren lassen. Er wurde tödtlich verletzt. — Das Kreisgericht in Böhmen. Leipzig hatte über jenes scheußliche, Entsetzen erregende Verbrechen der Leichenschändung, welches neulich in Schönan bei Schlackenau verübt wurde, zu urtheilen. Auf Verbrechen dieser scheußlichen Art ist bei der Schaffung des österreichischen Strafgesetzes nicht besonders Bedacht genommen worden. Angeklagt war der 50 Jahre alte, in Schönan bei Schlackenau geborene und auch noch dort zuständige Tagarbeiter Karl Wotatsch wegen des Vergehens gegen § 306 des Strafgesetzes. Dieser Paragraph handelt von der Beschädigung von Grabstätten, Eröffnung von Gräbern, Wegnahme oder Mißhandlung von Leichen und Entfernung von zur Leiche gehörigen Gegenständen. Der Verbrecher, der nicht ganz zurechnungsfähig zu sein scheint, leugnete, eine unethische Handlung begangen zu haben. Das Urtheil lautete nach § 306 des Strafgesetzbuches auf nur 6 Monate strengen Arrest. — Wie den „Münch. N. N.“ aus Graz gemeldet wird, wurde der Redemptoristenpater Josef Kopf vom Kreisgericht Leoben zu sechs Monaten schweren Arrests verurtheilt. Er hatte sich eines Vergehens der Verführung beichtender Schulmädchen schuldig gemacht. — Das Kreisgericht in Mailand erledigte dieser Tage einen sich schon längere Zeit hinziehenden Prozeß zwischen einem römisch-katholischen Geistlichen und einer Heilwetterin, die sich gegenständig anklagten. Unter anderem bezahlte der Diener Gottes die Dame mit falschen Recepten. Es kamen so schöne Sachen zu Sprache, daß die Gerichtsverhandlungen bei verschlossenen Thüren stattfinden mußten. Der Priester wurde zu 15 und seine ehemalige Wittreife zu 10 Monaten Zuchthaus verurtheilt. — Zur Engelmacherei in Christiania wird gemeldet: Eines der drei verhafteten Frauenzimmer, welche Säuglinge in Pflege nahmen, hat jetzt eingestanden, ein Kind umgebracht zu haben. Sie gab dem Kinde erst eine starke Naphtha-Dosis und ertränkte es dann in einer Wajchballe. — Bei einem Schadeufeuer in Kapendorf (Kreis Fr. Holland) verbrannte ein siebenjähriges Mädchen. Die Großmutter derselben erlitt bei dem Rettungsversuch so schwere Brandwunden, daß sie alsbald verstarb. — Mittwoch Nacht brach im Arbeiterhaare in Stafford (England) in dem Hängel, in welchem alte Leute untergebracht waren, Feuer aus. Sieben Insassen sind umgekommen. — In den Dörfern Trubetschitz und Lunino im Bezirk Moskwa (mittleres Rußland) sind 118 Häuser sowie

49 abgeforderte Baulichkeiten und in Lunino das Post- und Telegraphenamt durch Feuer vernichtet worden.

**Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.** Wegen Majestätsbeleidigung kam in Mainz ein stellungsloser Arbeiter aus Saarbrücken in Untersuchungshaft. Er war erst aus dem Spital entlassen worden. Um Unterkunft zu finden, schrieb er einen Beleidigungen gegen den Kaiser enthaltenden Zettel und überreichte ihn einem Schutzmann auf der Straße. In Mainz hat sich erst ganz kürzlich ein ähnlicher Fall zugetragen. — Wegen Majestätsbeleidigung durch eine Aeußerung kurz nach dem Bremer Vorfall ist in Dortmund der Bergmann Walcke zu 6 Monaten Gefängniß verurtheilt worden.

**Berliner Humor vor Gericht.** Der verkaufte Schnurrbart. Wegen Körperverletzung, begangen dadurch, daß er dem Barbier Agel Wilde den Daumen der rechten Hand durchbiß, stand der Brunnensbauer Schmidt vor dem Schöffengericht. „Ich beandrage Vertagung des Termins“, jagte der Angeklagte, „da ich noch einige Zeilen zu laden beabsichtige.“ — Vorl.: Was soll'n diese bekunden? — Angekl.: Det der Zeije Wilde eene ganz rüdige Wölle is. Een ausjochtoer Postenreifer, der seinen biblischen Nächsten det Leben verbittert und Jott und de Welt verhoehnetpeest. — Vorl.: Sie haben Zeit genug gehabt, ihre Entlastungszeugen zu laden. Wir treten deshalb in die Verhandlung ein; erzählen Sie uns kurz, was Sie zu der unter Anklage gestellten Körperverletzung veranlaßte. — Angekl.: Die Veranlassung war eener von die schlechten Witze, die der Zeije jeverbes- und jehwohnetemäßig verübt. Ich hatte mich um die fragliche Zeit umständelhalber eene neue Stammtheije jewählt, nämlich det Restauration von P. Dort lerne id den Zeijen an 'n Stammdisch kennen. Da er unter die Jäfte jenetend bekant war un deshalb keener mehr uff jeme Mähtens rinnfiel, machte er mir, als Unfömmeling, zu't Opferlanum, det bei jede Zejeinheit faule Witze über sich erjehen lassen mußte. In den kritischen Abend jiben wir jemeitlich an unsern Stammdisch, da frucht mir Wilde pleklich, ob id ihn nich meinen Schnurrbart verfoosen mechte. Natierlich, sage id, wenn Se 'n jut bezah'n, warum denn nich? Wir einijten uns schließlich auf 20 Mark. Er zahlte mir jenen Drittling 3 Mark an un id jollte 'n andern Dag in jemin Schabe-Utjeh kommen, um mir det Mannes scheenste Jier abnehmen zu lassen. Der Dhaler Anjeß wurde jofort in Bier anjejeß. Andern Morjen komme id mit eenen jediejenen Veskopp in den Barbierladen, um mich jenen Empfangnahme der restlichen 17 Mark den Bart abnehmen zu lassen. Wie er mich die eene Oberlippe abjefragt hat, nimmt er die Serviette weij, wücht mich det Jeseichte ab und sagt: Die andere Hälfte lasse id noch bis nächten Sonnabend stehen, die Spjzen müssen noch uff die Seite 'n bißten länger wer'n; so kann id det Objekt nich brauchen! Wat soll id Sie jagen? Mein janet Reden mußte nich! Weder er noch jemin Jehilfe nehmen mir die andere Barthälfte ab, id jollte durchaus drei Tage in eenen Zustand rumloosen, als ob id eben aus Daldorf entjprungene wäre. Einmal reißt noch der dickste Jeebaldjaden. Wir kamen beede schließlich in't Handjemenge, und id drückte ihn die Jurzle zu, det er jrien und blau ins Jeseichte wurde, während er mir wie een Rasender an die jehenejeheliebene Schnurrbarthälfte jerrte. Dabei kam er mit jemen Daumen in meinem Munde, jodet id ihm vor Schmerz wie een Ruchnader mit die Zähne etwas fieshbar in jeine große Vorderzehe jwidte. Unjeachtet dessen mußte id doch zu eenen andern Barbier loosen, um den halben Schnurrbart loszuwer'n. Untertweß hat id mir det Taschenjuch vorjehalten, als ob id Zahnjchmerzen hätte. In det andere Barbierjeichst wollte erj keener Hand an mir legen, weil die Seefjeskaunjeijter jloobten, id litte an'n stillen Pittitih. Erst nachdem id allen Crutjes meine Zurechnungsjähigkeit beteuert, wurde id erlöst. Nach dem, wat id Jhr'n hier erzähle, bitte id den hohen Jereichtshof, mir freizujprechen und die Kosten den jemeinjehelichen Bartfrater uffzuerlegen! Nach kurzer Berathung erfannte das Gericht auf Freijprechung, da der Angeklagte gereizt worden sei, ja, jich vielleicht in der Nothwehr befunden habe. Herr Schmidt lächelte über das ganze Geficht und empfahl sich mit den Worten: „Et jieht doch noch weije Richter, die den Schafen von die Wäde zu unterjcheiden wüßten.“

**Kleider aus Dorfjassern.** In zehn Jahren wird vielleicht das Tragen von Kleidungsstücken aus Dorfswolle keine Neuheit mehr sein, da es schon jetzt gelungen ist, aus den Dorfjassern ein jenes Material für Gejpinste zu erhalten. Die Dorfjassern sind in verschiedenen Ländern so weit verbreitet, daß man auf ihre Ausnutzung immer mehr Nachdenken verwandt hat. Die Versuche mit der Dorfjassern sind

hauptsächlich in Deutschland gemacht worden und haben nunmehr auch die Aufmerksamkeit von Ausländern erregt, die der Generalkonful der Vereinigten Staaten in Berlin Frank Mason, sich kürzlich zu einem Bericht über den Stand dieser Industrie veranlaßt gesehen hat. Der Inhalt dieses Berichts verdient Beachtung. Vor etwa 10 Jahren wurden die ersten Versuche mit der Verwendung der Dorfjassern für Gewebe angestellt, kamen aber zu keinem günstigen Ergebnis, da die damals hergestellten Fasern zu hart und brüchig waren, um ein gutes Spinnmaterial abzugeben, sich außerdem auch nur schwer bleichen oder färben ließen. Eine Verbesserung der Faser erzielte zuerst ein Wiener Ingenieur Fischorner, der ohne Anwendung von Chemikalien eine Art von Dorfswolle erzeugte, die sich zwar nicht zu feinem Garn verspinnen ließ, aber doch zur Herstellung grober Gewebe biegsam genug war. Es zeigte sich auch zugleich ihr großer Vorzug in der Aufnahmefähigkeit für Wasser und in der geringen Wärmeleitung. Gewebe aus Dorfswolle sind also als ein ausgezeichnetes Schutz gegen Feuchtigkeit und Temperatureinflüsse zu schätzen, ferner breunen sie schwer und sind recht haltbar, außerdem billig. Fischorner verfertigte demnach auch eine Dorfswatte, die sich als Verbandzeug, als Füllsel für Koppstücken und Bettdecken eignet. Ferner fertigte er große Decken und Seile aus Dorfjassern, während er die Rückstände zur Herstellung von Papier benutzte. Noch weiter ging dann Geige aus Düsseldorf, der eine feine Dorfjassern herstellte, die außerordentlich aufnahmefähig für Feuchtigkeit ist und auch gebleicht oder gefärbt werden kann. Die Gewinnung geschieht durch die Behandlung mit Säuren und Alkalien und nachträgliches Kochen der entstandenen Flüssigkeit, wodurch die Dorfjassern zerjert und alle werthlosen Theile ausgeschieden werden, sodaß eine aus reiner Cellulose bestehende Dorfswolle zurückbleibt. Diese ist weich und elastisch und kann gerade so wie Schafwolle versponnen werden, sie kann daher auch in Vermischung mit Baumwolle oder Schafwolle zur Herstellung von Geweben benutzt werden. Dorfjassern nehmen im Sommer den Schweiß in sich auf und halten im Winter die Kälte ab. Als Verbandzeug benutzt, jangen sie die Wundjcheidungen der Wunde ausgezeichnet auf, ferner wird Dorfswolle empfohlen als Bettunterlage für Kranke, als Polsterung für Schienen, außerdem zur Herstellung von Filzhüten und Teppichen.

**Für Schlachthauswesen und Fleischzubereitung** besitzt unbestritten Chicago, die westliche Metropole der Vereinigten Staaten, die bei Weitem großartigsten Einrichtungen in den bekannten „Stock Yards“ (Wieshöfen). A. G. Leonard, der General-Geschäftsführer dieses Riesenetablissements, giebt hierüber in der angesehenen anglo-amerikanischen Zeitung „Chicago Tribune“ die folgenden summarischen Ziffern: In dieser Zentrale der Schlachtereien und Fleischzubereitung wird jeden Tag durchschnittlich ein Quantum Fleisch im Werthe von rund 1 Million Dollar oder 4 300 000 Mark (1 Dollar gleich 4,30 Mark) verkauft, d. h. in die verschiedenen Kanäle des Zwischenhandels gebracht. Die dabeist entzogenen genommenen Einlieferungen von lebendigem Vieh erreichten im verfloßenen Kalenderjahr die nachstehenden Beträge:

Rinder	2 729 046 Stück	586 744 890 Mark Werth
Kälber	236 310 „	6 974 989 „
Schweine	8 109 064 „	431 197 254 „
Schafe	3 548 885 „	70 959 934 „
Pferde	99 010 „	48 386 188 „

Summe 14 622 315 Stück 1 144 263 249 Mark Werth

Diese Einlieferungen erfolgten in 277 205 Bahn-Frachtwagen, eine Zunahme von 8000 gegenüber dem vorletzten Jahre. In den 35 Jahren seit dem Bestehen der Stock Yards wurden 308 Millionen Thiere eingeliefert, deren Werth sich auf beinahe 23 000 Millionen Mark belief. Die durchschnittliche Menge der Thiere, die in dem Etablissement pro Tag empfangen, geschlachtet und verarbeitet werden, umfaßt annähernd 25 000 Rinder, 40 000 Schweine, 25 000 Schafe und 2000 Pferde, und das Ergebnis der Verarbeitung ist ein Quantum zum Verkauf zubereiteten Fleisches von nicht weniger als 13 175 Tomen a 2000 Pfund. Um diese ungeheure Masse von Nahrungstoffen in einem einzigen Bahnzuge zu transportieren, müßte dieser eine Länge von nicht weniger als 10 englischen oder mehr als 2 deutschen Meilen haben. Die dem Schlachten vorausgehende Fesselung der Thiere und die Prozedur des Schlachtens selbst, sowie die Zubereitung des Fleisches in Halb- und Viertelstücken für den Verkauf — alles ist zum größten Theil die Arbeit von Maschinen, die sich ihrer Aufgabe mit Blitzesschnelle entledigen und denen Europa nichts Aehnliches an die Seite zu stellen hat.

„Ich bezweifle es“, erwiderte Seadlingen. „Ich würde dafür sorgen, daß jedes Bedenken über meine Zurechnungsjähigkeit jchwunden müßte. . . Ich frage noch einmal, Excellenz, zum letzten Mal: welchem Gerichte darf ich mich stellen?“

Wieder ging der Minister lange nachsich an und nieder. Endlich jchrie ihm ein rettender Gedanke gekommen.

„Wohlan!“ jagte er. „Ihm Sie, was Sie nicht lassen können; wir aber werden ihm, was uns die Pflicht gebietet. Sie werden natürlich verschweigen wollen, wo Ihre Tochter jekt lebt?“

Seadlingen wurde noch bleicher, er erwiderte nichts.

„Wir aber werden es zu erfahren juchen, und wenn es Tausende kosten jollte, und wenn wir die Polizei der ganzen Erde zu unjerer Hilfe aufbieten müßten. Wir werden Ihre Tochter juchen und ihre Auslieferung verlangen. Es giebt keinen Staat, der es weigern würde, eine rechtskräftig verurtheilte Mörderin der Jultiz zu übergeben! . . . Entschieden Sie, Herr Baron, ob dies geschehen joll. . .“

„Johann!“ rief der Seadlingens Ausjich geworden, ein Schauer rüttelte jine Glieder. Es war eine lange Stille im Gemach, je wahrte vielleicht fünf Minuten. Endlich wendete Seadlingen:

„Ich jage mich Ihrem Willen, Excellenz. Möge es Jhnen Gott vergeben, was Sie eben an mir gethan!“

Der Minister akkurat erleuchtet an. „Das nehme ich auf mein Gewissen!“ jagte er. „Ich gebe den Vater jeinem Kinde wieder. Leben Sie wohl, Herr Baron!“

Seadlingen nahm die dargebotene Hand nicht: er verneigte sich jinnig und ging.

Zwei Tage jpäter erjelt Dr. Georg Berger ein Schreiben Seadlingens, aus Triest datirt. Er theilte dem Jzande

kurz den Inhalt jener Unterredung mit dem Justizminister mit und jchloß, wie folgt:

„Es ist mir verjagt, mein Verbrechen zu jühnen; es ist mir unmöglich, als Verbrecher straflos zu leben; jo gehe ich denn in den Tod. Wenn Du dies ließt, ist alles vorüber. Theile es meiner Tochter, die ihre Reije bereits angetreten, jchwend mit; verjürg ihr die Wahrheit, ich unterjüge Dich durch die Art, wie ich die That volljühre. Vergiß auch Franz nicht, er harret meiner in Köln, ich habe mich nur unter einem Vorwand von ihm frei machen können.“

„Leb' wohl, Du Treuer, Guter, und Kluge mich nicht an! Du jagtest mir einmal: es muß eine Lösung dieser Verwickelungen geben, eine befreiende Lösung. Ich weiß nicht, ob es eine andere, eine bessere gab, als sie sich nun gejügt. Sieh! meinem Kinde ist geworden, was ihm gebührt, und nicht minder dem Recht: mit höherer Münze, als jeinem Leben, kann Niemand jein Verbrechen jühnen. Und ich — ich habe mein Kind glücklich werden jehen, ich habe all meine Schulden ehrlich bezahlt und jinde nun für immer den Frieden — auch mir ist geworden, was mir gebührt! . . . Nun darf ich wieder auf deine Achtung hoffen!“

„Leb' wohl! und leuend Dank!“

„Victor.“ Eben hatte der Anwalt, auf's Tiefste erschütteret, dies Schreiben zu Ende gelesen, als jein Concipient eintrat, die Morgenzeitung in der Hand.

„Haben Sie schon gelesen?“ fragte er. „Seadlingen“

Er legte das Blatt vor jeminem Chef hin. Da stand es: „Ein Telegramm aus Benedig bringt uns die Trauerkunde, daß der Präsident a. D., Freiherr von Seadlingen, einer der geachteten Männer Oesterreichs, am Bord des

Moyddampfers, der gestern Nacht die Fahrt von Triest nach Venedig machte, verunglückt ist. Er war noch des späten Abends auf dem Verdeck und ist seither nicht mehr gesehen worden: wahrscheinlich erjafte ihn, während er sich zu weit über die Brüstung vorbeugte, ein plöthlicher Schwimbel, so daß er ins Meer stürzte und darin verjchwand. Ein Selbstmord ist aus inneren Gründen völlig ausgeschlossen; der letzte Mensch, mit dem er sprach, der Kapitän des Schiffes, rühmt die heitere Laune, die der Verjorbene zeigte. Er hinterläßt keine Familie, aber ihn betrauert Jeder, der ihn gekannt.

„Ehre jeinem Andenken!“

„Ehre jeinem Anden!“ murmelte Berger und barg jemin Anjich in den Händen.

## Literarisches.

„In Freien Stunden“, illustrierte Romanbibliothek für das arbeitende Volk in Wochenjesten a 10 Pf. Die Jieferungen 15 bis 19 enthalten die Fortjetzung des figurien- und handlungreichen und von dem Münchener Maler Dambberger in Auffassung und Charakterisierung meisterhaft illustrierten Romans „Dombey und Sohn“ von Charles Dickens und den Anfang der Sokal'schen Novelle „Fortunatus“, einer spannenden Gejchichte aus der Zeit der ungarischen Judenverfolgungen. Wir können unseren Lesern diese Romanbibliothek immer wieder empfehlen und ihnen nur anrathen, in Bekanntenkreisen für weitere Verbreitung zu agitieren. Jeder Kolporteur, jeder Buchhändler (auch die Post zum Vierteljahrespreis von 1,20 Mk., Postzeitungskatalog Nr. 3623) nimmt Bestellungen auf diese 10 Pfg.-Hefte an. Wir empfehlen unseren Lesern bringend das Abonnement.